

Parlamentssitzung vom 05.05.2025

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19:00 – 21:40 Uhr

Vorsitz

Christine Müller (Grüne), 1. Vizepräsidentin

Parlamentsbüro

Casimir von Arx (GLP), Parlamentspräsident
Selin Lopez (FDP), 2. Vizepräsidentin
Brigitte Rohrbach (SP Frauen), Stimmzählerin
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

Mitglieder des Parlaments

Christina Aebischer (Grüne)
Roland Akeret (GLP)
Dominic Amacher (FDP)
Géraldine Bösch (SP Frauen)
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)
Bülent Celik (SP Männer)
Heidi Eberhard (FDP)
Toni Eder (Die Mitte)
Lukas Erni (Grüne)
Mayra Faccio (JUSO)
Sara Cristina Gasser (Junge Grüne)
Kathrin Gilgen (SVP)
Jutta Gubler (SP Frauen)
Janka Hamm (SP Frauen)
Andreas Hauser (GLP)
Roland Hofer (SVP)
Laura Hoffman (Junge Grüne)

Mark Kobel (FDP)
Fabienne Marti (GLP)
Florian Moser (SVP)
David Müller (Grüne)
Matthias Müller (EVP)
Urs Mumenthaler (SP Männer)
Arlette Mürner (SP Frauen)
Klaus von Muralt (Grüne)
Sladjan Petrovic (Die Mitte)
Tatjana Rothenbühler (FDP)
Monika Röthlisberger (Grüne)
Sandra Röthlisberger (GLP)
Ronald Sonderegger (FDP)
Isabelle Steiner (SP Frauen)
Katja Streiff (EVP)
Roger Tanner (GLP)
Andrea Winzenried (SVP)

Gemeinderat

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident
Thomas Marti (GLP), Gemeinderat
Christian Burren (SVP), Gemeinderat
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

Fachstelle Parlament

Chantal Fuchs

Protokoll

Ursula Wüst

Entschuldigt

Franziska Adam (SP Frauen)

PAR 2025/27

Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 17.3.2025**
Beschluss
3. **Schulkommission Köniz 2025-2026, Ersatzwahl neues Mitglied**
Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Fahrzeugbeschaffung Kinshofer-Auflieger mit Kran**
Kredit; Direktion Planung und Verkehr
5. **Spiegel Jurablickstrasse, Strassensanierung und Werkleitungersatz**
Kredit; Direktion Planung und Verkehr
6. **Schliern Blindenmoos Schulanlage; Erweiterung Schulraumprovisorium**
Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
7. **V2411 Motion (SP, JUSO, Grüne, Junge Grüne) "Elternbeiträge für
ausserschulische Aktivitäten"**
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
8. **V2414 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte, SP/Juso) "Köniz heizt
erneuerbar"**
Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe
9. **V2501 Richtlinienmotion (SP/Juso) "Kostenloser ÖV für Könizer Kinder und
Jugendliche"**
Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr
10. **Verschiedenes**
Kenntnisnahme

Diskussion

1. Vize-Parlamentspräsidentin Christine Müller: Guten Abend miteinander. Ich begrüsse euch alle ganz herzlich zur heutigen Parlamentssitzung vom 05. Mai 2025.

Wir haben heute auch ein neues Parlamentsmitglied unter uns, nämlich Jutta Gubler, SP Frauen. Ein ganz herzliches Willkommen an dich, Jutta, wir wünschen dir alle viel Freude, Erfolg und Erfüllung in deinem neuen Amt.

Ihr habt gehört, ich habe eine Klangschaale mitgebracht. Diese dient dazu, um eure Aufmerksamkeit zu gewinnen. Sie hat aber auch noch eine andere Funktion: Wenn Chantal, meine Timekeeperin, mir ein Zeichen gibt, dass jemand die Redezeit überschreitet, werde ich diese erklingen lassen und euch damit einladen, euren Satz ausklingen zu lassen und mir netterweise das Wort zu übergeben. Ich danke jetzt schon für euer Mitwirken.

Dann haben wir noch einige Geburtstage bis zur nächsten Sitzung, welche am 16. Juni stattfindet: Das sind Mayra Faccio, Géraldine Boesch, Fabienne Marti, Tatjana Rothenbühler, Jutta Gubler und Tanja Bauer. Wir wünschen euch jetzt schon alles Gute.

Wir haben eine Entschuldigung von Franziska Adam erhalten und Christian Burren hat mir geschrieben, dass er sich aufgrund einer Sitzung verspätet und daher später eintreffen wird. Sollte eines seiner Geschäfte betroffen sein, würde Tanja Bauer für ihn einspringen und ihn stellvertreten. Dann ist noch Ronald Sonderegger, welcher heute ebenfalls etwas später eintrifft. Somit sind im Moment 37 Mitglieder anwesend.

Der elektronische Aktenversand fand am 08. April 2025, der postalische Aktenversand am 10. April 2025 statt. Das Protokoll vom 17. März 2025 ist seit 7. April 2025 online.

Damit kommen wir zum ersten Traktandum, zur Traktandenliste: Meine Frage an euch, gibt es Anträge zur Traktandenliste? Dies ist nicht der Fall, somit erkläre ich die Traktandenliste als genehmigt.

Nun möchte ich euch gerne noch über den Ablauf der heutigen Sitzung informieren, euch einen Ausblick und eine Orientierung geben: Nach Absprache mit unserem Parlamentspräsidenten Casimir von Arx hatten wir den Eindruck, dass wir heute mit allen Traktanden durchkommen sollten und mein Ziel ist es, nicht länger als bis 22.30 Uhr zu tagen. Um 21.00 wollen wir gerne eine Pause einlegen. Falls ich aber sehe, dass die Diskussionen doch längere Zeit in Anspruch nehmen, würde ich mir dann aber doch erlauben, das letzte Traktandum auf die Juni-Sitzung zu verschieben.

Beschluss

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/28

Protokoll der Parlamentssitzung vom 17. März 2025

Genehmigung

Diskussion

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

Beschluss

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 17. März 2025 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2025/29

Ersatzwahl neues Mitglied Schulkommission 2025-2026

Wahl, Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Markus Rub, Köniz/Schliern und Marc Zimmermann, Wabern, haben beide ihren Rücktritt per Ende Juli 2024 als Mitglieder der Schulkommission Köniz eingereicht (beide Parteianspruch Grüne Köniz). Das Parlament hat an der Sitzung vom 16. September 2024 auf Vorschlag der SP Köniz in Absprache mit den Grünen Köniz Lennart Koch, Wabern, für den Rest der laufenden Legislatur gewählt.

Mit dem vorliegenden Antrag wird dem Parlament für die Parlamentssitzung vom Mai 2025 eine Kandidatur für den noch vakanten Sitz zur Wahl bis Ende der laufenden Amtsperiode (31. Juli 2026) vorgeschlagen.

Die SP Köniz schlägt in Absprache mit den Grünen Köniz folgenden Kandidaten vor:

- Matthias Röthlisberger, Bellevuestrasse 138, 3095 Spiegel, vor

Die Schulkommission Köniz besteht aus 9 Mitgliedern. Sie setzt sich zusammen aus dem Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales (DBS) und 8 vom Parlament gewählten Mitgliedern (Art. 12 Bildungsreglement). Das Parlament wählt auf der Grundlage von Art. 42 Gemeindeordnung sowie Art. 14 Bildungsreglement die Schulkommission. Die Mitglieder der Schulkommission werden auf Vorschlag des Gemeinderates vom Parlament gewählt. Die Wahlvorschläge erfolgen von den politischen Parteien gemäss Proporzschlüssel der letzten Parlamentswahlen.

2. Das Wahlverfahren

Die Grünen Köniz (Sitzanspruch) haben in Absprache mit der SP Köniz (Wahlvorschlag) am 22. Februar 2025 die Kandidatur bei der Gemeindekanzlei eingereicht. Der Wahlvorschlag wurde mit den erforderlichen Unterlagen übermittelt und dem Gemeinderat sowie der Geschäftsprüfungskommission als vorberatender Parlamentskommission zur Einsicht vorgelegt.

3. Das Anforderungsprofil

Der Gemeinderat hat gestützt auf Art. 14 Abs. 1 Bildungsreglement ein Anforderungsprofil erlassen (Beilage 1). Dieses verlangt von den Mitgliedern u.a. Kenntnisse der kantonalen Bildungspolitik, Sach-, Führungs- und Sozialkompetenz sowie die Bereitschaft, sich mit den relevanten Themen zu befassen. Zudem ist festgelegt, dass die Mitglieder an den Weiterbildungsangeboten der Gemeinde teilnehmen.

4. Wahlvorschlag und die Beurteilung durch den Gemeinderat anhand der Wahlkriterien

| Name | Wohnsitz Schulbezirk | Partei (Sitz) | Seit | Berufliche Erfahrungen und Schulkommissionskompetenzen |
|---------------------------|-------------------------|---|------|--|
| Matthias Röthlisberger | Spiegel | Vorschlag SP Köniz (Sitz: Grüne Köniz) | Neu | <ul style="list-style-type: none"> - Inhaber und Geschäftsführer einer Firma im Bereich Moderation und Kommunikation - Gelernter Kaufmann und Diplombildung Journalismus, Medienausbildungszentrum MAZ, Luzern - Mehrjährige Erfahrung als Journalist, Moderator und Medienverantwortlicher, mit Fokus auf Sportthemen (MySport TV24, SFV, SRF, CH TelevisionsAG, Radio BE1...) - Mitglied Elternrat Schule Spiegel, Vater von 2 schulpflichtigen Kindern - Kenntnisse und Erfahrung im Projektmanagement und in der strategischen Führung - Interesse an bildungspolitischen Fragen |

Sitzverteilung gemäss Proporzschlüssel der Parlamentswahlen vom September 2021

Teilweise erfüllt: Die Kandidatur wurde von der SP Köniz in Absprache mit den Grünen Köniz eingereicht.

Wohnsitz Schulbezirk

Grösstenteils erfüllt: Matthias Röthlisberger hat seinen Wohnsitz im Schulbezirk Spiegel. Somit sind alle Schulbezirke mit mindestens 1 Mitglied vertreten. Aus dem Schulbezirk Wangental sind 2 Mitglieder, aus dem Schulbezirk Spiegel sind 3 Mitglieder (inklusive Vorsteher DBS) vertreten.

Angemessene Vertretung von Frauen und Männern

Erfüllt (5 Frauen / 4 Männer)

Anforderungsprofil

Erfüllt: (siehe Tabelle oben).

Zukünftige Zusammensetzung der Schulkommission ab 6. Mai 2025

| Name | Sitzanspruch Partei | Wohnsitz Schulbezirk |
|-------------------------------|--|----------------------|
| Hans-Peter Kohler | von Amtes wegen (DBS Vorsteher), Art. 14 Bildungsreglement | Spiegel |
| Vanda Descombes | SP Frauen | Liebefeld |
| Janet Fiebelkorn | SP Frauen | Wangental |
| Beatrice Bösiger | SVP | Obere Gemeinde |
| Andrea Winzenried | SVP | Wangental |
| <i>Matthias Röthlisberger</i> | <i>Grüne Köniz (Vorschlag SP Köniz)</i> | <i>Spiegel</i> |
| Lennart Koch | Grüne Köniz (Vorschlag SP Köniz) | Wabern |
| Thomas Raaflaub | GLP | Köniz/Schliern |
| Susanne Gutbrod-Kunkler | GLP (Mitglied EVP) | Spiegel |

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Matthias Röthlisberger, Spiegel, wird ab 6. Mai 2025 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2026, in die Schulkommission Köniz gewählt.

Köniz, 12. März 2025

Der Gemeinderat

Beilagen:

- 1) Anforderungsprofil Mitglieder Schulkommission

Diskussion

GPK-Referent, Toni Eder, Die Mitte: Die Herren Markus Rub und Marc Zimmermann haben per Ende Juli 2024 ihren Rücktritt als Mitglieder der Schulkommission eingereicht. Beides waren Sitze der Grünen Köniz. Der Gemeinderat schlägt nun dem Parlament einen Kandidaten für den zweiten der beiden vakanten Sitze zur Wahl bis Ende der laufenden Amtsperiode vor – das ist bis 31. Juli 2026.

Die Grünen Köniz haben den Sitzanspruch. Sie haben in Absprache mit der SP Köniz am 22. Februar bei der Gemeindekanzlei den Wahlvorschlag eingereicht. Die SP Köniz schlägt folgenden Kandidaten vor: Herr Matthias Röthlisberger, vom Spiegel. Der Wahlvorschlag wurde mit den nötigen Unterlagen eingereicht, diese wurden dem Gemeinderat und der GPK als vorberatende Parlamentskommission zugänglich gemacht.

Das Anforderungsprofil, welches der Gemeinderat gestützt auf Art. 14 Abs. 1 Bildungsreglement erlassen hat, verlangt von den Mitgliedern insbesondere Kenntnisse der kantonalen Bildungspolitik, Sach-, Führungs- und Sozialkompetenz und die Bereitschaft, sich mit den relevanten Themen zu befassen. Der Gemeinderat hat die Wahlvoraussetzungen geprüft und für erfüllt beurteilt. Mit der Wahl von Matthias Röthlisberger wären alle Schulbezirke mit mindestens einem Mitglied vertreten.

Die GPK findet, dass eine Person mit Erfahrung in der Kommunikation für die Schulkommission sicherlich eine Bereicherung wäre.

Die Beschlüsse der GPK:

- Die GPK stellt fest, dass die notwendigen Unterlagen und Informationen vorliegen. Das Abstimmungsergebnis war einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war 5 dafür, 1 dagegen und 1 Enthaltung.

1. Vize-Parlamentspräsidentin Christine Müller: Ich teile euch mit, dass zwischenzeitlich Mark Kobel eingetroffen ist. Es sind somit 38 Mitglieder anwesend.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen: Es freut mich sehr, euch heute Matthias Röthlisberger als Kandidaten für den letzten vakanten Sitz in der Schulkommission vorstellen zu dürfen.

Der 41jährige Kaufmann und Journalist wohnt mit seiner Familie seit drei Jahren im Spiegel. Dort hat er eine eigene Kommunikationsfirma gegründet und seine beiden Kindern gehen ebenfalls dort zur Schule. Er ist seit zwei Jahren Mitglied des Elternrats der Schule Spiegel, wo er sich aktiv am Austausch zwischen Schule und Erziehungsberechtigten beteiligt. Matthias Röthlisberger möchte diesen Austausch ausweiten und ist bereit sich vertieft mit den bildungspolitischen Fragen in Köniz auseinander zu setzen. Ihm ist durchaus bewusst, dass mit der Überarbeitung der Bildungssteuerung der Schulkommission grosse Änderungen bevorstehen könnten und er ist sehr motiviert, diesen nicht einfachen Prozess konstruktiv zu begleiten und seine Fähigkeiten einzubringen. Er stellt sich mit grossem Tatendrang und Freude an der Aufgabe zur Wahl.

Unser Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, welche unseren Wahlvorschlag bei der Gemeinde eingereicht haben und natürlich an den Gemeinderat, welcher euch Matthias Röthlisberger zur Wahl empfiehlt. Matthias Röthlisberger wünschen wir schon jetzt viel Freude und gutes Gelingen.

Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard: Vielen Dank der Direktion Präsidiales und Finanzen für die Aufbereitung der Unterlagen. Die Arbeit in der Schulkommission wird stets komplexer, herausfordernder und zeitintensiver. Geeignete Persönlichkeiten zu finden, gestaltet sich zunehmend schwieriger. Es ist aber wichtig, dass die neunköpfige Schulkommission - wovon wir acht im Parlament wählen - vollzählig besetzt ist. Wichtig ist uns von der FDP auch, dass die Schulkommissionsmitglieder über bereits erprobte Führungsqualitäten in guten, wie in herausfordernden Zeiten, verfügen.

Die Aufgaben des strategischen Führungsorgans in der Schule ist in Artikel 12 des Bildungsreglements umschrieben, das Anforderungsprofil ist den Sitzungsunterlagen zugefügt und wurde vom GPK-Referenten nochmals erwähnt. Die Partei der Grünen, welche hier den Sitzanspruch bei der aktuellen Vakanz haben, hat sich bei den politischen Parteien für mögliche Kandidaten erkundigt und ist erneut bei der SP Köniz fündig worden.

Die Fraktion FDP. Die Liberalen finden die vorgeschlagene Persönlichkeit, Herr Matthias Röthlisberger, für die aktive Mitarbeit in der Schulkommission in Köniz für den Rest der Amtsdauer bis 31.07.2026 geeignet. Wir haben aber auch grosse Erwartungen an das neue Bildungsreglement, verbunden mit der Hoffnung, dass sich qualifizierte Fachleute mit Führungsqualitäten und Führungserfahrung für die Arbeit in der Schulkommission dann leichter finden lassen. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zu und danken Herrn Röthlisberger für seine Arbeit.

Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP: Ich möchte noch kurz etwas sagen: Ich möchte mich bei der SP bedanken, welche uns zum zweiten Mal geholfen hat. Denn trotzdem, dass die neue Bildungssteuerung mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Änderung mit sich bringen wird, gibt es immer noch sehr viel zu tun, und diese Vakanz war nicht einfach. Ich möchte mich hier sowohl als Schulkommissionspräsident als auch als Bildungsvorsteher bedanken, dass ihr zum zweiten Mal geholfen habt, dieses Loch zu stopfen.

1. Vizeparlamentspräsidentin Christina Müller: Nachdem keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und die Nomination nicht bestritten wird, erkläre ich Matthias Röthlisberger als gewählt.

Beschluss

Matthias Röthlisberger, Spiegel, wird ab 6. Mai 2025 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2026, in die Schulkommission Köniz gewählt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigend gewählt)

PAR 2025/30

Fahrzeugbeschaffung eines Kinshofer-Aufliegers mit Kran

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

1. Ausgangslage

Die Recyclingsammelstellen in der Gemeinde Köniz werden nach und nach von den grossen blauen Glascontainern auf moderne Kinshofer-Recyclingsammelstellen umgestellt (analog zur Sammelstelle Stapfen oder Kleinwabern). Ebenfalls wird der Abfall in grösseren Neuüberbauungen künftig in Kinshofer-Containern bereitgestellt werden (z.B. Ried, Thomasweg). Mit stetiger Verdichtung des Siedlungsgebietes werden diese Container und damit die Zahl der Leerungen kontinuierlich zunehmen.

Kinshofer-Container ist die Bezeichnung für einen Container mit Kranaufnahme. Zur Leerung dieser Container wird ein LKW mit einem spezifischen Aufbau, bestehend aus Kran und Volumenmulde mit verschiedenen Unterteilungen benötigt. Der spezifische Aufbau kann entweder direkt auf einen LKW oder auf einen entsprechenden Auflieger gebaut werden. Der grosse Vorteil eines Aufliegers ist, dass einzelne Komponenten (Kran, Mulde, Fahrgestell, Zugfahrzeug) bei Bedarf einfacher ausgetauscht werden können. Es ist somit künftig nicht zwingend nötig, das komplette Fahrzeug zu ersetzen, sondern im Baukastensystem nur die betroffenen Komponenten.

Der Dienstzweig Abfall und Deponie hat auf Anfang 2025 die Gruppe Fahrzeug Technik Werkstatt (FTW) des Dienstzweigs Unterhalt (DZU) in der Abteilung Verkehr und Unterhalt beauftragt, die Leerungen der Kinshofer Recyclingsammelstellen gegen Verrechnung zu übernehmen. Aktuell wird diese Aufgabe als Überbrückungslösung mit einer bestehenden 14 Jahre alten Mulde mit Kran gemacht, der in absehbarer Zeit seine wirtschaftliche Lebensdauer erreicht haben wird. Deshalb wird beantragt, einen entsprechenden Kinshofer-Auflieger anzuschaffen (in der untenstehenden Abbildung blau markiert).

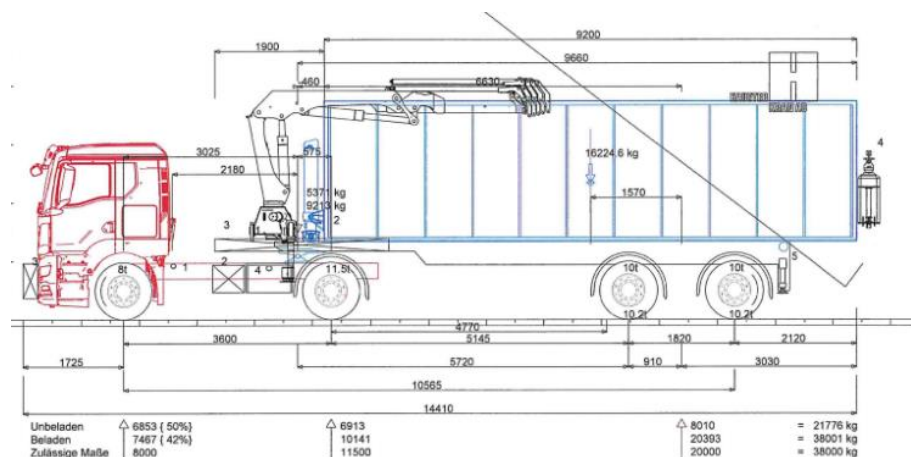


Abb1: Der definierte Auflieger mit Kran und Mulde (Zeichnung aus Vorevaluation)

Betrieben wird der Auflieger mit einem bestehenden LKW 4x4 Sattelschlepper der Gruppe FTW. Der LKW, ausgerüstet mit dem beantragten Kinshofer-Auflieger, wird mit den erwähnten Einsätzen sowie übrigen Transportaufgaben in den nächsten Jahren ausgelastet sein.

Bei einem weiterhin steigenden Bedarf an Leerungs- und Transportdienstleistungen seitens Dienstzweig Abfall und Deponie ist jedoch absehbar, dass in einigen Jahren die Auslastung für ein einzelnes Fahrzeug zu hoch sein wird. Für diesen Zeitpunkt wird zu prüfen sein, ob ein weiteres Fahrzeug angeschafft werden muss.

2. Abgeltung der Leistungen des DZU

Innerhalb der Gemeindeverwaltung ist die Gruppe Fahrzeug Technik Werkstatt des DZU das Kompetenzzentrum für Transporte, die Fahrzeugflotte und den Geräte- und Maschinenpark der Gemeinde Koeniz. Die Gruppe beschafft, betreibt und unterhält in ihrer Werkstatt zentral alle Fahrzeuge wie Kehrichtwagen, Strassenwischmaschinen, Kleinfahrzeuge der Schulhausabwarte, Salzstreuer oder die handelsüblichen Personenwagen.

Deshalb wird der Kinshofer-Auflieger mit Kran durch den DZU beschafft und finanziert. Dem Sammeldienst werden die erbrachten Leistungen in Rechnung gestellt. Die Chauffeure werden vom DZU gestellt, die Disposition erfolgt ebenso über den DZU. Dieses Vorgehen ist erprobt und soll auch künftig beibehalten werden.

Bezüglich Entschädigung der DZU-Dienstleistung zu Lasten des gebührenfinanzierten Sammeldienstes ergibt eine Abschätzung, dass der LKW mit Kinshofer-Auflieger mit der Übernahme der oben erwähnten zusätzlichen Leerungen etwa zu 70 Prozent für die Sammeldienste eingesetzt wird. Dieser Einsatz wird mit voraussichtlich rund CHF 84'000 pro Jahr dem Sammeldienst in Rechnung gestellt. Damit sind die Kosten für die gesamte Dienstleistung inkl. Auflieger abgedeckt. Der tatsächliche Verrechnungsansatz pro Stunde wird dabei jährlich überprüft und bei Bedarf gegen unten oder oben angepasst, so dass die Abgeltung die effektiven Selbstkosten decken.

3. Finanzen

Als Grundlage für den Investitionsantrag dient eine Richtofferte vom Januar 2025.

Die Investitionskosten von CHF 370'000 (inkl. 8.1% MwSt.) setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|--|--------------------|
| Auflieger mit Kran und Mulde | CHF 350'000 |
| Technische Anpassungen, Unvorhergesehenes | CHF 20'000 |
| Total beantragter Kredit Fahrzeug inkl. Mwst 8.1% | CHF 370'000 |

Für die Beschaffung wird eine Submission durchgeführt.

IVP

In der IVP 2025 ist für Investitionen in Fahrzeuge der Betrag von CHF 765'000 eingestellt. Es ist somit genügend Geld für den beantragten Kinshofer-Auflieger eingestellt. Der verbleibende Betrag der IVP umfasst die voraussichtlichen Fahrzeugbeschaffungen in Kompetenz des Gemeinderates.

4. Folgen bei Ablehnung

Würde der entsprechende Kinshofer-Auflieger nicht angeschafft, so könnten die zusätzlichen Leerungen nicht durch die gemeindeeigenen Dienste durchgeführt und müssten als externe Leistungen eingekauft werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Beschaffung eines Kinshofer-Aufliegers mit Kran wird ein Kredit von CHF 370'000 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr.: 2660.5060.2511 "Neubeschaffung Kinshofer-Auflieger mit Kran" bewilligt.

Köniz, 26. März 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Folgekostentabelle Kinshofer-Auflieger mit Kran

Diskussion

GPK-Referentin, Monika Röthlisberger, Grüne: Ein herzliches Dankeschön dem Gemeinderat und der Verwaltung für die aussagekräftigen Unterlagen und für die Beantwortung unserer Fragen. Bei diesem Geschäft war dies besonders aufwändig, da ja die Direktion Umwelt und Betriebe die Bestellerin ist und die DPV diesen Auflieger beschaffen wird und dieses Geschäft gegenüber dem Parlament vertritt.

Die Gemeinde Köniz stellt ihre Recyclingsammelstellen - wie in Kleinwabern oder im Stapfen bereits passiert – eines nach dem anderen auf dieses Kinshofer-System um. Damit diese Unterflurcontainer geleert werden können, braucht es einen Lastwagen mit einem speziellen Aufbau mit Kran und Mulde. Beschafft man diesen Aufbau auf dem Auflieger, wie dies der Gemeinderat beantragt, kann man das Zugfahrzeug auch noch für andere Transporte brauchen und flexibler einzelne Komponenten auswechseln. Stichwort: Kreislaufwirtschaft.

Dieses neue System hat auch für die Chauffeusen und Chauffeuren einen Vorteil – sie können Container vor Ort rasch leeren, damit diese der Bevölkerung gleich wieder zur Verfügung stehen. Beim alten System müssen die Chauffeusen und Chauffeure häufig, wenn sie mit dem geleerten Container zurückkommen, erst noch aufräumen, was die Leute in der Zwischenzeit bereits wieder deponiert haben.

Von diesem Kinshofer-Auflieger ist übrigens nur gerade der Teil mit dem Haken, die Greifereinheit, welche den Container an diesen Noppen, welche heraus schauen, heraus hebt, von der Firma Kinshofer. Es gibt auf dem Markt verschiedene Anbieter für solche Aufbauten, welche aber alle eine Kinshofer-Greifereinheit haben und darum macht eine Ausschreibung auch Sinn.

Ihr habt es im Parlamentsantrag vielleicht gesehen: Es wurde bereits angetönt, dass man in absehbarer Zeit einen zweiten Auflieger oder ein zweites integriertes Fahrzeug – das sehen wir dann noch – wird beschaffen müssen, da dieses Fahrzeug mit dem Auflieger, welches wir jetzt beschaffen, überlastet sein wird. Die GPK hat erfahren, dass es schwierig ist, den Zeitpunkt für die weitere Beschaffung genau abzuschätzen. Die Fachleute haben aber die nötigen Gelder im Investitionsplan 2027 eingestellt und rechnen mit einer Inbetriebnahme im Jahr 2028.

Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die Unterlagen zu diesem Geschäft vollständig sind und sie empfiehlt dem Parlament ebenfalls einstimmig, dem Kreditantrag des Gemeinderates zuzustimmen.

1. Vize-Parlamentspräsidentin Christine Müller: Falls der Antrag des Gemeinderates bestritten ist, bitte ich euch, dies in den Voten entsprechend darzulegen. Wenn es nämlich keine Voten gegen dieses Geschäft gibt, mache ich Gebrauch von der stillschweigenden Annahme des Antrags.

Ich heisse Gemeinderat Christian Burren willkommen.

Nachdem keine Voten aus den Fraktionen und keine Einzelvoten vorliegen und auch der Gemeinderat das Wort nicht mehr wünscht, kommen wir zum Antrag. Für das Protokoll weise ich darauf hin, dass der Betrag gemäss Unterlagen inkl. MWST zu verstehen ist.

Beschluss

Für die Beschaffung eines Kinshofer-Aufliegers mit Kran wird ein Kredit von CHF 370'000 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr.: 2660.5060.2511 "Neubeschaffung KinshoferAuflieger mit Kran" bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: Stillschweigende Annahme)

PAR 2025/31

Spiegel Jurablickstrasse, Strassensanierung und Werkleitungserneuerung

Kredit; Direktion Planung und Verkehr und Direktion Umwelt und Betriebe

1. Ausgangslage

Der Zustand der Jurablickstrasse im Ortsteil Spiegel ist ungenügend: Der Belag weist Risse, Flicke und Senkungen auf. Sowohl an der Strasse wie auch an den Trinkwasserleitungen besteht ein hoher Sanierungsbedarf. Um Synergien zu nutzen, koordinieren die Abteilung Verkehr und Unterhalt und die Abteilung Gemeindebetriebe ihre Erneuerungsprojekte. Auf diese Weise werden Kosten gespart und die Anwohnerinnen und Anwohner weniger belastet. Nach Abschluss der Bauarbeiten können so für mehrere Jahre geplante Belagsaufbrüche verhindert werden.



Abbildung
1: Projektperimeter Strassensanierung (rot) und

Trinkwasserleitungersatz (blau)

Für die Sanierungsarbeiten an den Strassen sowie an der Wasserversorgung der Jurablickstrasse beantragt der Gemeinderat dem Parlament zwei Kredite: Für die Strassensanierung einen Kredit von CHF 1'090'000 inkl. MwSt (steuerfinanziert) und für die Erneuerung der Trinkwasserleitungen einen Kredit von CHF 900'000 inkl. MwSt (gebührenfinanziert).

Die beiden Erneuerungsprojekte für die Strasse und die Trinkwasserleitungen sehen einen 1:1-Ersatz vor. Das Erscheinungsbild der Strasse wird im Grossen und Ganzen nicht geändert. Sofern das Parlament die entsprechenden Kredite bewilligt, sollen die Arbeiten an der Jurablickstrasse Ende Sommer 2025 starten und in Etappen ausgeführt werden. Voraussichtlich im Frühjahr 2026 können je nach Witterung im Winterhalbjahr die Arbeiten abgeschlossen werden.

2. Strassensanierung

Der Zustand der Jurablickstrasse mit Rissen, Flickern und Senkungen birgt mögliche Gefahrenstellen vor allem für Velofahrende und Menschen, die zu Fuss nur eingeschränkt mobil sind. Die Randabschlüsse der Strasse haben sich teilweise abgesenkt und entsprechen mancherorts nicht den heute gültigen Vorgaben. Dies führt zu Problemen beim Abfluss des Oberflächenwassers der Strasse.

Geplant ist deshalb im Strassenprojekte der Ersatz der Fundamentalschicht sowie der Trag- und Deckschicht auf der gesamten Strassenbreite. Diejenigen Randabschlüsse, die nicht der Norm entsprechen oder in einem schlechten Zustand sind, werden ersetzt. Das Trottoir, welches sich vom Kreuzungsbereich Chaumontweg/Jurablickstrasse bis zum Anfang der Begegnungszone im untersten Abschnitt der Jurablickstrasse erstreckt, wird umfassend saniert. Am Trottoir im obersten Abschnitt der Jurablickstrasse wird die Trag- und Deckschicht erneuert, während die Randsteine nicht ersetzt werden müssen. Das bestehende Entwässerungskonzept der Strasse bleibt unverändert. Wo nötig werden Abdeckungen der Strassenentwässerung sowie der öffentlichen Kanalisation erneuert.

Für Entsiegelungen in grösserem Umfang eignet sich die Jurablickstrasse nicht: der Strassenquerschnitt ist sehr eng. Verkehrsteilnehmende befahren in der Regel die blauen Parkflächen, sofern diese nicht belegt sind. Deshalb eignen sich die Parkplätze nicht zur Entsiegelung mittels Rasengittersteinen: Deren Tragfähigkeit ist deutlich geringer als die reguläre Strassenoberfläche. Die Materialien sind nicht auf gehäuftes Überfahren ausgerichtet und nehmen Schäden daran, dies verringert die Lebensdauer deutlich. Auch weist die Strasse ein spürbares Gefälle auf: Zweiradfahrende sind dadurch mit etwas

höherer Geschwindigkeit unterwegs. Das Überfahren von Rasengittersteinen mit höherer Geschwindigkeit würde das Unfallrisiko von Zweiradfahrenden erhöhen. Auf das Entsiegeln von Parkflächen wird aus diesen Gründen verzichtet. Einige wenige kleinere Flächen, die nicht von Fahrzeugen befahren werden, werden im Rahmen des Projekts entsiegelt.

Am Erscheinungsbild der Strasse ändert sich mit Ausnahme der oben erwähnten, kleinflächigen Entsiegelungen nichts: Die vorhandene Signalisation und Markierung werden wiederhergestellt. Einzig im Zugangsbereich der öffentlichen Fussgängertreppe bei der Kreuzung Jurablick-/ Hochstrasse wird geprüft, ob mit einem zusätzlich markierten Trapez und zwei flexiblen Inselfosten die Sicherheit für Zufussgehende verbessert werden kann.

Verbindungsweg zur Bellevuestrasse

Im Baustellenperimeter der Jurablickstrasse besteht auf Höhe der Hausnummern 21 und 23 ein namenloser Verbindungsweg zur Bellevuestrasse. Dieser Weg weist eine Besonderheit auf: Während ein Teil des Verbindungsweges ausparzelliert (Parzelle Köniz GBBL-Nr. 3590) ist und sich im Eigentum der Gemeinde Köniz befindet, ist der andere Teil des Verbindungsweges in Privatbesitz (Köniz GBBL-Nrn. 3716 + 4011).

Während der Teil des Verbindungsweges im Eigentum der Gemeinde Köniz durch die Öffentlichkeit genutzt werden kann, besteht beim anderen Teil des Verbindungsweges kein öffentliches Fusswegrecht über die Parzellen. Im Zuge des Sanierungsprojektes wäre eine Bereinigung der Besitzverhältnisse sinnvoll. Die Gemeinde Köniz schlägt eine Abparzellierung der privaten Wegflächen und Vereinigung mit der Parzelle Köniz GBBL-Nr. 3590 vor. Dadurch können künftige Problematiken zu Unterhalt, Erneuerung und allfällige Haftungsfragen geklärt werden.

Einbezug Dritter

Für eine möglichste hohe Synergienutzung erfolgte eine Bedarfsabklärung bei den Werkleitungseignern Swisscom und der BKW Energie AG. Die Swisscom meldete keinen Bedarf an.

Die BKW Energie AG hat Bedarf, ist jedoch mit ihrer Projektierung etwas im Verzug. Um die Umsetzung im Jahr 2025 nicht zu gefährden, laufen die Koordinationsarbeiten zwischen der Gemeinde Köniz und der BKW nun parallel zur Erarbeitung des Ausführungsprojektes. Deshalb sind die Projektelemente der BKW im Bauprojekt noch nicht berücksichtigt. Bis zum Baustart des Ausführungsprojektes werden die nötigen Projektelemente der BKW ergänzt.

Als Folge davon ist im Kostenvoranschlag (Anhang zum technischen Bericht, Beilage 1) die voraussichtliche Kostenbeteiligung der BKW an den Grabungs- und Strassenarbeiten noch nicht berücksichtigt. Wenn die BKW ihre Arbeiten wie geplant ausführt, reduziert sich der Kostenanteil der Gemeinde Köniz um rund CHF 40'000.

3. Ersatz Wasserversorgungsanlagen

Die 755 m lange öffentliche Trinkwasserleitung im Projektperimeter weist dringenden Erneuerungsbedarf auf. Es handelt sich hier um Leitungsabschnitte aus Grauguss DN 100 mm aus den Jahren 1935 (Länge ca. 215 m) und 1943 (Länge ca. 400 m). Diese Leitungen haben einen unzureichenden Korrosionsschutz und sind gemäss heute gültigen Normen zur Brandbekämpfung unterdimensioniert. Ausserdem reagiert Grauguss ungünstig auf Bewegungen im Boden. Dadurch sind diese Leitungen sehr defektanfällig und weisen ein stark erhöhtes Schadenpotential auf. Zwischen den zu erneuernden Leitungsabschnitten liegt ein jüngerer Abschnitt mit einer Länge von ca. 140 m aus Duktiguss. Diese Leitung muss nicht erneuert werden und kann in ihrem Zustand belassen werden.

Gemäss dem Planungsinstrument der Wasserversorgung "Erneuerungsplanung öffentliches Leitungsnetz" (Stand Februar 2024) haben die beiden Abschnitte mit Graugussleitungen einen Sanierungsbedarf der ersten Priorität, welche einen Leitungsersatz innert weniger Jahre auslöst. Die erwähnte Sanierungspriorität wird anhand des Alters, des Materials und der Anzahl an Defekten ermittelt. Auf den beschriebenen Leitungsabschnitten haben sich bereits 10 Defekte ereignet. 6 davon in den letzten 4 Jahren. Die Anwohnenden sind entsprechend sensibilisiert und erwarten eine rasche Verbesserung der Situation. Das Risiko von Leitungsdefekten ist hoch und wird mit zunehmenden Leitungsalter weiter steigen.

Beide sanierungsbedürftigen Leitungsabschnitte werden durch Duktulgussleitungen der neusten Generation mit Faserzementumhüllung ersetzt. Der Leitungsdurchmesser wird dabei den heutigen Vorgaben zur Brandbekämpfung auf DN 125 mm vergrössert. Alte Hydranten- und Hauszuleitungen werden im Strassenbereich ebenfalls erneuert. Die Hydranten Standorte werden in Absprache mit der Feuerwehr Köniz wo möglich optimiert. Die zu erneuernden Leitungsabschnitte sind in Beilage 2 ersichtlich.

4. Finanzen

In den nachfolgenden Abschnitten werden die beiden beantragten Kredite dargestellt. Für die Strassensanierung sind die detaillierten Zahlen in der Beilage 1 ersichtlich (technischer Bericht, Anhang Kostenvoranschlag). Für die Wasserversorgung sind die Zahlen nachfolgend dargestellt. Bei beiden Krediten beläuft sich die Kostengenauigkeit auf +/- 10 Prozent.

Kredit Strassensanierung (steuerfinanziert)

Der beantragte Brutto-Kredit für die Strassensanierung aus dem steuerfinanzierten Haushalt beträgt CHF 1'090'000. Voraussichtlich werden im Jahr 2025 Kosten im Umfang von rund CHF 600'000 anfallen und im Jahr 2026 Kosten von rund CHF 490'000.

Bruttokredit gemäss Kostenvoranschlag:

Total beantragter Kredit Strassensanierungsprojekt inkl. MWST CHF **1'090'000**

Aufgrund terminlicher Verzögerung seitens der BKW Energie AG ist deren Kostenteiler an den auszuführenden Arbeiten im Kostenvoranschlag nicht berücksichtigt. Es erfolgte jedoch eine grobe Abschätzung des Anteils der Arbeiten, welche von der BKW übernommen werden müssen. Wenn die BKW ihre Arbeiten wie geplant ausführt, reduziert sich der Kostenanteil der Gemeinde Köniz an den Grabungs- und Strassenarbeiten um voraussichtlich rund CHF 40'000.

Nettokredit:

| | | |
|---|------------|------------------|
| Strassensanierungsprojekt gemäss KV (Beilage 1, Anhang) | CHF | 1'090'000 |
| Kostenanteil der BKW Energie AG | CHF | - 40'000 |
| <u>Voraussichtlicher Nettokredit, steuerfinanziert</u> | <u>CHF</u> | <u>1'050'000</u> |

Im IAFP sind für dieses Strassensanierung folgende Beträge eingestellt:

| | 2025 | 2026 | Total |
|--|---------|--------|---------|
| Teilstrassensanierung 2025: Jurablickstrasse | 700'000 | 90'000 | 790'000 |

Für das Jahr 2025 sind im IAFP genügend Gelder eingestellt. Für 2026 wird der Betrag in der kommenden Budgetierungsphase entsprechend erhöht.

Kredit Erneuerung Trinkwasserleitungen (gebührenfinanziert)

Basierend auf dem Kostenvoranschlag des Ingenieurbüros ist für den Wasserleitungersatz mit folgenden Kosten zu rechnen:

| | | |
|--|------------|---------------|
| Baumeisterarbeiten | CHF | 441'000 |
| Rohrlegearbeiten | CHF | 245'000 |
| Ingenieurhonorar | CHF | 74'000 |
| Baunebenkosten | CHF | 28'000 |
| Instandstellung Grünflächen | CHF | 5'000 |
| Öffentlichkeitsarbeit | CHF | 5'000 |
| Unvorhergesehenes / Reserve | CHF | 34'000 |
| <u>Mehrwertsteuer 8.1 % (gerundet)</u> | <u>CHF</u> | <u>68'000</u> |

Total Kreditsumme inkl. 8.1 % MWST CHF 900'000

Die Genauigkeit des Kostenvoranschlags beträgt $\pm 10\%$. Preisbasis für den Kostenvoranschlag ist Januar 2025. Die Finanzierung erfolgt über die reglementarischen Gebühren resp. aus der Spezialfinanzierung Wasser.

Im aktuellen Investitionsplan sind für vorliegendes Projekt Beträge von insgesamt CHF 800'000 in den Jahren 2025 (CHF 300'000), 2026 (CHF 300'000), 2027 (CHF 100'000) und 2028 (CHF 100'000) eingestellt. Die fehlenden CHF 100'000 werden in der Investitionsplanung 2026 ordentlich budgetiert.

5. Folgen bei Ablehnung

Bei einer Ablehnung der Kredite durch das Parlament könnten die Sanierungen der Wasserleitungen sowie der Strassen und Strassenabschnitte nicht realisiert werden. Die beschriebenen Synergien könnten nicht genutzt werden, was zu höheren Kosten bei alleiniger Projektausführung führen würde.

Im Projektperimeter der Wasserversorgung ist in den letzten Jahren eine aussergewöhnliche Häufigkeit an Schäden aufgetreten, was auf einen sehr schlechten Zustand der Leitung hindeutet. Mit weiteren Defekten auf den öffentlichen Leitungen ist jederzeit zu rechnen. Schäden führen zu hohen Betriebskosten, verursacht durch Piketteinsätze, Schäden an fremdem Eigentum, Wasserverluste und Reparaturarbeiten. Es ist auch davon auszugehen, dass sich die Kundenreklamationen im Rahmen von Defekten weiter häufen und verschärfen. Im Falle einer Ablehnung könnte ein sanierungsbedürftiger Leitungsabschnitt nicht erneuert werden, womit der Zustand des Leitungsnetzes verschlechtert würde.

Im Strassenbereich würde der ungenügende Strassenzustand bestehen bleiben und der Zustand würde sich laufend weiter verschlechtern. Damit würde das Risiko von Unfällen aufgrund der schlechten Strassenqualität steigen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für die Strassensanierung im Projekt Spiegel Jurablickstrasse, Strassensanierung und Werkleitungserneuerung, wird ein Kredit von CHF 1'090'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2420.5010.2502, Spiegel, Jurablickstrasse; Strassensanierung; bewilligt.
1. Für die Sanierung der Wasserleitungen im Projekt Spiegel Jurablickstrasse, Strassensanierung und Werkleitungserneuerung, wird ein Kredit von CHF 900'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung), zu Lasten Konto Nr. 5550.5031.2502, Spiegel Jurablickstrasse, Wasserleitungersatz, bewilligt.

Köniz, 26. März 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Technischer Bericht Jurablickstrasse, Strassensanierung (31.1.2025)
- 2) Orthofoto Wasserleitungersatz
- 3) Folgekostentabelle

Diskussion

GPK-Referentin, Monika Röthlisberger, Grüne: Besten Dank auch hier dem zuständigen Gemeinderat und der Abteilungsleitung für die klaren Unterlagen und für die Beantwortung unserer zahlreichen Fragen.

Die Jurablickstrasse wird saniert, weil die Werkleitungen ersetzt werden müssen. In den letzten vier Jahren gab es sechs Defekte.

Da die Strasse Risse aufweist und sich der Belag an vielen Stellen abgesenkt hat, macht es Sinn, die Synergien zu nutzen und die Strasse ebenfalls zu erneuern. Die GPK hat erfahren, dass die Anwohner an der HV des Spiegel-Leists gesagt haben, dass sie froh seien, dass die Strasse schon bald saniert werde.

Es geht hier um ein sogenanntes Werterhaltungsprojekt - einen 1:1-Ersatz. Solche Projekte bewilligt der Gemeinderat in der Regel selbst als gebundene Ausgabe. Weil es hier aber doch um einen stolzen Betrag von gesamthaft rund CHF 2 Mio. geht und dies in der Vergangenheit von Parlamentariern ausdrücklich gewünscht worden ist, unterbreitet der Gemeinderat dieses Geschäft dem Parlament trotzdem. Das auch, damit das Parlament exemplarisch informiert wird, wie solche Werterhaltungsprojekte ausgestaltet sind und allenfalls auch darauf Einfluss genommen werden kann, wie man mit Werterhaltungsprojekten umgeht.

Bei einem Werterhaltungsprojekt wird die Strasse wieder ziemlich genau so gebaut, wie sie heute aussieht. Es werden keine Parkplätze aufgehoben oder entsiegelt und das Temporegime bleibt ebenfalls unverändert. Eine Mitwirkung der Bevölkerung ist nicht vorgesehen. Die Fachleute der Gemeinde haben die GPK informiert, dass für die Abparzellierung dieses namenlosen Fussweges der m2-Preis für den Landerwerb bei CHF 200 liegt. Das seien Einheitspreise für Bauland und die Gemeinde lasse sich in solchen Fällen nicht auf Verhandlungen ein. Für diesen Teil des Weges zahlt man also den Grundeigentümern CHF 200 pro m2. Die Eigentümer sind bereits informiert und die Gemeinde wird sie nächstens wegen dem Landkauf kontaktieren.

Die Tatsache, dass im IAFP für die Werkleitungen CHF 100'000 und für die Strasse CHF 260'000 zu wenig vorgesehen sind, macht dem Gemeinderat keine Sorgen. Diese Beträge liegen innerhalb der normalen Ungenauigkeitsmarge von +/- 50% zwischen Investitionsplanung und Vorprojekt. Das könne man gut kompensieren. In den letzten Jahren hatte man eher Mühe, die geplanten Investitionen überhaupt zu realisieren.

Die GPK ist einstimmig der Meinung, dass die nötigen Unterlagen für einen Entscheid des Parlaments vorliegen und sie empfiehlt dem Parlament ebenfalls einstimmig, den beiden Anträgen zuzustimmen.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Klaus von Muralt, Grüne: Im Namen der Fraktion Grüne/Junge Grüne halte ich dieses Votum. Wir wollen mitteilen, dass wir grundsätzlich mit den zwei beantragten Krediten zur Strassensanierung und Werkleitungserneuerung einverstanden sind. Wir begrüßen es, dass diese beiden Vorhaben zusammen realisiert werden sollen, damit man Zeit und Geld und damit auch die Belastung der Anwohnenden sparen kann. Was wir hingegen schade finden ist, dass keine Parkplätze aufgehoben werden, keine Temporeduktion gemacht wird, keine Entsiegelung und keine Begrünung.

Anlässlich einer Begehung vor Ort haben wir festgestellt, dass die Notwendigkeit der Strassenerneuerung gegeben ist, die Werkleitungen konnte ich nicht beurteilen. Doch dies macht gemäss Projektantrag absolut Sinn. Auch dort ist es gut, dass man einen Teil ersetzt und einen Teil weiterhin nutzt.

Wir finden, dass es grundsätzlich Sinn gemacht hätte, an diesem Ort zum Beispiel die Begegnungszone, welche es im unteren Teil der Jurablickstrasse gibt, dass man diese über die ganze Strasse hätte weiterziehen können, dort wo jetzt Zone 30 ist. Und warum nicht im Rahmen dieser Sanierung einige Parkplätze aufheben? Die Strasse ist dort auch relativ eng. Wenn ein Auto dort parkiert, dann kann ein anderes Auto, welches vielleicht etwas grösser ist, nicht wahnsinnig gut daran vorbeifahren. Oder wenn dort ein Velo im Schuss runterfährt und jemand die Türe des Autos öffnet, dann ist ebenfalls ein gewisses Gefahrenpotential vorhanden.

Wir verstehen den 1:1 Werterhalt und wir werden uns auch weiterhin in das Parkierungskonzept einbringen, welches die Gemeindeverwaltung derzeit am Erarbeiten ist. Wir wollen sagen: Grundsätzlich möchten wir, dass bei jedem Strassenbauprojekt in der Gemeinde Köniz drei Punkte geprüft werden:

1. Können öffentliche Parkplätze aufgehoben werden?
2. Können Begrünungen oder Entsiegelungen gemacht werden?
3. Kann eine Temporeduktion veranlasst werden?

Wir finden grundsätzlich einen 1:1 Wertersatz als nicht mehr angemessen und ausreichend, angesichts dessen, dass der Klimawandel voranschreitet und der Biodiversitätsverlust ebenfalls.

Gemeinderat Christian Burren: Ich nehme gerne noch kurz Stellung. Selbstverständlich sind hier beide Werke Strassenwerterhalt und Wasserleitungsersatz aufeinander abgestimmt, das wurde gemeinsam erarbeitet.

Warum keine Aufhebung von Parkplätzen? Wir haben das Parkierungskonzept, welches wir über die Gesamtgemeinde anschauen wollen. Wir wollen dies hier jetzt nicht in einem Einzelfall anschauen und beim Werterhalt 1:1-Ersatz sowieso nicht, denn wenn wir hier Parkplätze aufheben und Begegnungszonen machen würden, dann hätten wir zwangsläufig die Bevölkerung miteinbeziehen müssen und dann würde es sich nicht mehr um einen 1:1-Ersatz handeln.

Auch zum Thema Temporeduktion: Wir wollen ein einheitlich Temporegime machen, damit dieses auch eine gewisse Systematik hat. Und wir wollen hier jetzt nicht in einem Einzelfall die Jurablickstrasse machen.

Entsiegelungen: Ihr habt es gesehen, wenn ihr vor Ort wart, die Jurablickstrasse ist derart eng, das braucht die Fahrbahnbreite über die ganze Länge, damit der Verkehr überhaupt zirkulieren kann. Das dazu.

Wenn wir die Parkierung über die gesamte Gemeinde anschauen und wir dort allenfalls zum Schluss kommen, dass wir Parkplätze aufheben können, dann sind das Markierungsmassnahmen und wir können diese problemlos auch später noch aufheben. Wir verbauen uns mit diesem 1:1-Ersatz ohne Parkplatzaufhebung jetzt hier in diesem Sinne nichts.

Beschluss

1. Für die Strassensanierung im Projekt Spiegel Jurablickstrasse, Strassensanierung und Werkleitungserneuerung, wird ein Kredit von CHF 1'090'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2420.5010.2502, Spiegel, Jurablickstrasse; Strassensanierung; bewilligt.
2. Für die Sanierung der Wasserleitungen im Projekt Spiegel Jurablickstrasse, Strassensanierung und Werkleitungserneuerung, wird ein Kredit von CHF 900'000 (inkl. MWST, zuzüglich allfälliger Teuerung), zu Lasten Konto Nr. 5550.5031.2502, Spiegel Jurablickstrasse, Wasserleitungersatz, bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: Stillschweigende Annahme)

PAR 2025/32

Schliern Blindenmoos Schulanlage; Erweiterung Schulraumprovisorium

Kredit; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

1. Ausgangslage

Die Schule Blindenmoos sieht sich mit einem akuten Platzmangel konfrontiert. Trotz der Eröffnung einer zusätzlichen Klasse im Zyklus 2 im Sommer 2024 und der Bereitstellung eines entsprechenden Provisoriums reichen die bestehenden Räumlichkeiten nicht aus, um den steigenden Schülerzahlen und den veränderten Unterrichtsanforderungen gerecht zu werden. Zum Zeitpunkt der Stellung des Provisoriums gab es jedoch noch Unsicherheiten bezüglich des genauen Bedarfs und des Platzbedürfnisses. Im Sinne einer vorausschauenden Planung wurde das Provisorium daher so vorbereitet, dass eine Aufstockung zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist. Die zunehmende Schülerzahl führt nicht nur zu grösseren Klassen, sondern erfordert auch zusätzliche Gruppenräume, um den heutigen pädagogischen Anforderungen zu entsprechen.

Gemäss den Empfehlungen des Kantons Bern ist für die Basisstufe pro Klassenzimmer ein Gruppenraum vorzusehen, für den Zyklus 2 ein Gruppenraum pro zwei Klassen. Diese Mindestvorgaben können in der Schulanlage Blindenmoos derzeit nicht eingehalten werden. Dadurch wird der differenzierte Unterricht in Halbklassen und Kleingruppen erschwert.

Um den Schulbetrieb aufrechterhalten und den Schülerinnen und Schülern ein lernförderliches Umfeld bieten zu können, ist eine weitere Entlastung der bestehenden Räumlichkeiten dringend erforderlich. Eine pragmatische Lösung besteht in der Auslagerung einer weiteren Klasse in ein zusätzliches Provisorium. Dies würde nicht nur die Raumsituation entschärfen, sondern auch die Voraussetzungen für einen zeitgemässen und qualitativ hochwertigen Unterricht schaffen.

2. Betrieblicher Bedarf

Die Einführung einer zusätzlichen Klasse (3d) im Schuljahr 2024/25 hat die räumlichen Kapazitäten des 1. Stocks des "Blimo 2" an ihre Grenzen gebracht. Mit insgesamt 120 Kindern auf einer einzigen Etage herrscht eine hohe Dichte, die sich sowohl auf die Unterrichtsqualität als auch auf die Sicherheit und die tägliche Organisation des Schulalltags auswirkt.

Insbesondere fehlen geeignete Garderobenflächen, sodass sich Engpässe und chaotische Situationen im täglichen Schulbetrieb häufen. Darüber hinaus steht kein Gruppenraum zur Verfügung, was flexible Unterrichtsformen, wie sie der Lehrplan 21 vorsieht, erheblich einschränkt. Die Möglichkeit zur Arbeit in Halbklassen oder Kleingruppen ist limitiert, was die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler erschwert.

Durch die Auslagerung der Klasse 3d in ein zusätzliches Provisorium würde eine deutliche Entlastung des 1. Stocks erreicht. Die Reduktion der Kinderzahl auf dieser Etage würde nicht nur eine ruhigere Lernatmosphäre schaffen, sondern auch die Sicherheit und den Schulalltag insgesamt verbessern. Zudem würde mit einem zusätzlichen Gruppenraum die pädagogisch notwendige Differenzierung im Unterricht wieder gewährleistet.

3. Alternative Standorte Auslagerung einer Klasse

Im Vorfeld wurden alternative Standorte geprüft, um eine mögliche Auslagerung einer Klasse sicherzustellen. Das Regionale Kompetenzzentrum (RKZ) Platten wurde als Option in Betracht gezogen, aber nach eingehender Prüfung als nicht praktikabel befunden. Die Räumlichkeiten sind primär auf den Zivilschutzbetrieb ausgerichtet und können nicht ohne baulichen Aufwand für den Schulbetrieb angepasst werden. Eine externe Lösung würde zusätzliche Herausforderungen mit sich bringen, wie Transport- und Betreuungsaufwände. Daher wurde entschieden, dass das RKZ Platten nicht als Standort für die Auslagerung einer Klasse geeignet ist.

Für eine längerfristige Zwischenlösung während der geplanten Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Blindenmoos hingegen könnte das Regionale Kompetenzzentrum (RKZ) Platten eine geeignete Alternative sein. Die räumlichen Gegebenheiten und die zeitliche Verfügbarkeit dieser Liegenschaft bieten Potenzial für ein temporäres Schulprovisorium, sofern mehrere Klassen ausgelagert werden müssen und ausreichend Zeit für eine entsprechende Anpassung der Infrastruktur an die Anforderungen der Volksschule zur Verfügung steht.

Zusätzlich wurden auch verschiedene Mietlösungen geprüft, um eine kurzfristige Entlastung der Schulräume zu ermöglichen. Trotz intensiver Suche konnte jedoch kein passendes Mietobjekt gefunden werden, das den schulischen Anforderungen hinsichtlich Lage, Infrastruktur und Kosten entsprochen hätte.

4. Projekt

Das bestehende Container-Provisorium, welches ein Klassenzimmer mit Garderobe und Toilettenanlage umfasst, soll durch Aufstockung erweitert werden. Durch die Ergänzung mit zusätzlichen Modulen soll der weitere Raumbedarf gedeckt werden. Die Erweiterung umfasst ein weiteres Klassenzimmer, einen Gruppenraum, eine Toilettenanlage und eine Garderobe.

5. Finanzen

Folgende Kosten werden für die Erweiterung des Provisoriums benötigt. Der Verpflichtungskredit geht zu Lasten der Erfolgsrechnung.

Es wurde geprüft, ob der Kauf von Containern sich lohnen würde. Bei einem Gebrauch von mehr als 4 Jahren ist ein Kauf finanziell vorteilhaft. Aus diesem Grund wird eine Mietlösung angestrebt.

Mietkosten:

| Jahr | Dauer | Kosten (gerundet) inkl. MwSt. |
|--------------|-----------|-------------------------------|
| 2025 | 6 Monate | CHF 28'490.- |
| 2026 | 12 Monate | CHF 56'960.- |
| 2027 | 12 Monate | CHF 56'960.- |
| 2028 | 6 Monate | CHF 28'490.- |
| Total | | CHF 170'900.- |

Einmalige Ausgaben:

| Jahr | Beschreibung | Kosten (gerundet) inkl. MwSt. |
|--------------|--|-------------------------------|
| 2025 | Bauliche Erstellung, Planungskosten und Gebühren | CHF 153'300.- |
| 2028 | Rückbau- und Wiederherstellungskosten | CHF 22'300.- |
| Total | | CHF 175'600.- |

Gesamttotal für die Jahre 2025 bis 2028:

| Jahr | Beschreibung | Kosten (gerundet) inkl. MwSt. |
|--------------|--------------|-------------------------------|
| Total | | CHF 346'500.- |

Kostenschätzung +/-10%; Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Stand April 2023, 113.7 Punkte

Die 8.1% MwSt. ist anteilmässig in den Beträgen enthalten.

6. Weiteres Vorgehen

Aufgrund der knappen Zeit wurde das Baugesuch bereits im Februar 2025 eingereicht. Das Ziel ist, bis zum Sommer 2025 weitere Schulräume zur Verfügung zu stellen. Trotz des engen Zeitrahmens ist es jedoch möglich, diese Ziele zu erreichen. Durch die schnelle Umsetzung des Bauprojekts kann sichergestellt werden, dass die Schülerinnen und Schüler im Blindenmoos bald über die notwendigen Räumlichkeiten verfügen.

7. Ausblick Schulanlage Blindenmoos

Derzeit läuft ein Workshopverfahren zur Erarbeitung der Grundlagen für ein qualitatives Wettbewerbsverfahren. Der Kredit für das Wettbewerbsverfahren soll im Sommer 2025 dem Parlament vorgelegt werden. Das Wettbewerbsverfahren selbst wird im Zeitraum 2025/26 durchgeführt und soll ein Projekt für die Schulraumerweiterung in Zusammenhang mit der Sanierung hervorbringen. Im Verlauf des Jahres 2027 ist eine Volksabstimmung über den Ausführungskredit geplant. Anschliessend werden das Baubewilligungsverfahren und das Bauprojekt etappenweise umgesetzt.

8. Folgen bei Ablehnung

Im Falle einer Ablehnung des Antrags würde das akute Platzproblem an der Schule Blindenmoos weiterhin bestehen. Die fehlenden räumlichen Kapazitäten hätten direkte Auswirkungen auf die Qualität des Unterrichts und die pädagogische Arbeit. Insbesondere das Fehlen von Gruppenräumen würde die Umsetzung zeitgemässer Unterrichtsformen und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler einschränken.

Da kurzfristig keine geeigneten alternativen Standorte zur Verfügung stehen, könnte auch keine externe Lösung für die Entlastung der bestehenden Schulräume realisiert werden.

Eine Ablehnung des Antrags würde somit bedeuten, dass die beengten und unzureichenden räumlichen Bedingungen im Blindenmoos bestehen bleiben. Dies hätte nicht nur Auswirkungen auf die betroffenen Klassen, sondern auch auf die gesamte Schule, da die angespannte Raum-situation den Schulbetrieb beeinträchtigen würde.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament bewilligt für das Projekt "Erweiterung Containerprovisorium" in Schliern Blindenmoos einen Kredit für die Jahre 2025 – 2028 von total CHF 346'500.-- (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) als Verpflichtungskredit zu Lasten der Erfolgsrechnung.

Köniz, 27.03.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Pläne

Diskussion

GPK-Referentin, Kathrin Gilgen, SVP: Im vorliegenden Geschäft beantragt uns der Gemeinderat einen Kredit von total CHF 346'500 für eine "Erweiterung des Containerprovisoriums" bei der Schulanlage Blindenmoos in Schliern.

Trotz der Eröffnung einer zusätzlichen Zyklus 2 Klasse im Sommer 2024 und der damit verbundenen Bereitstellung eines Provisoriums, ist immer noch ein akuter Platzmangel vorhanden. Bezüglich der Möglichkeit, dass das erste Provisorium nicht ausreichen könnte, wurde in vorausschauender Planung dieses so vorbereitet, dass eine Aufstockung zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist. Dieser Zeitpunkt ist nun rasch eingetreten – die zunehmenden Schülerzahlen führen nicht nur zu grösseren Klassen, sondern erfordern auch zusätzliche Gruppenräume und Garderoben. Die Empfehlungen des Kantons können derzeit in der Schulanlage Blindenmoos so nicht eingehalten werden. Mit der Auslagerung einer weiteren Klasse in ein zusätzliches Provisorium würde eine deutliche Entlastung erreicht.

Zusätzlich zu der Containerlösung wurden auch alternative Standorte für eine mögliche Auslagerung einer Klasse geprüft, aber nicht als praktikabel befunden. Die Aufstockung des heutigen Provisoriums ist die einfachste, günstigste und am schnellsten realisierbare Variante.

Die Kosten von insgesamt CHF 346'500 setzen sich aus den Mietkosten der Container für die total drei Jahre, der baulichen Erstellung, den Planungskosten und Gebühren sowie für die Rückbau und Wiederherstellungskosten zusammen.

Aufgrund der knappen Zeit wurde das Baugesuch für das Projekt bereits im Februar eingereicht, mit dem Ziel, den zusätzlichen Schulraum aufs neue Schuljahr fertig bereitgestellt zu haben – unter dem Vorbehalt natürlich, dass das Parlament der Vorlage heute Abend zustimmt.

Die Folgen bei einer Ablehnung sind in den Unterlagen ersichtlich, wie auch ein kurzer Ausblick auf die zukünftig nötige Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Blindenmoos.

Ich bedanke mich beim zuständigen Gemeinderat Thomas Marti und Abteilungsleiter Sanjin Kanasic für die Auskünfte und Erklärungen bei der Prüfung des Geschäfts. Die Fragen der GPK wurden beantwortet.

1. Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen.
2. Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Beide Abstimmungsergebnisse waren 6 Stimmen dafür, 1 Enthaltung.

Fraktionssprecherin SVP, Corina Burren: Dass es in der Schule dringend mehr Schulraum braucht, ist unbestritten. Was wir aber auch unbestritten und trotzdem dringend finden, ist, dass es ein Schulraumkonzept in unserer Gemeinde braucht.

Wir müssen in Schliern den bestehenden Container aufstocken, so dass nicht mehr 120 Kinder auf einem Stock unterrichtet werden müssen und zumindest die einen oder anderen ab und zu in Halbklassen unterrichtet werden können. Es besteht keine andere Option, als das Containerprovisorium zu erweitern.

Das zeigt einmal mehr, dass Köniz bezüglich Schulraumplanung hintennach hinkt. Es wäre wichtig gewesen, wenn man sich schon in den letzten Jahren der Realität in den Schulen gestellt und mit den Fakten geplant hätte. Leider schaute man jahrelang nur die Schülerzahlen statt den effektiven Raumbedarf an. Die ganze Schulraumplanung muss endlich ganzheitlich angeschaut werden. Wir sind froh, dass die Schulraumplanung mittlerweile auch zunehmend so angeschaut wird, aber eben, wie diese Feuerwehrrübung in Schliern jetzt exemplarisch zeigt – zu spät. Realität ist, dass der Platzbedarf pro Schulkind zugenommen hat. Als Folge der steigenden Tagesbetreuungszahlen nimmt auch der Platzbedarf für die Tagesschulen zu. Dem Kredit für die Erweiterung des Schulraumprovisoriums stimmen wir einstimmig zu, wobei wir den Gemeinderat bitten, die Erstellung eines Schulraumkonzepts jetzt prioritär zu behandeln.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP: Der Titel dieses Geschäfts spricht für sich: Eine Erweiterung des Provisoriums. Und wir alle wissen, Provisorien sind selten gut: Sie sind teuer, schaffen keinen dauerhaften Wert und zeugen meistens von mangelnder Planung. Und genau das ist hier der Fall. Was uns besonders zu Denken gibt: Die strategische Bildungsraumplanung hat bisher gefehlt. Das rächt sich jetzt. Die Kosten dieses Versäumnisses sind hoch, nicht nur finanziell, sondern auch strukturell und bildungspolitisch. Unsere Kritik richtet sich darum nicht einfach an die Baudirektion alleine, sondern auch an den Gesamtgemeinderat.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die strategische Planung Bildungsraum jetzt endlich angestossen wurde. Das ist gut, aber – wir haben es zuvor gehört – sie kommt zu spät. Die aktuelle Situation lässt kein Zögern zu, der Platzmangel ist akut und für uns ist klar, jedes Kind in Köniz hat ein Anrecht auf angemessenen Schulraum. Darum stimmen wir diesem Kredit von CHF 346'500 für diese Container auch zu. Auch wenn es uns etwas irritiert hat, dass dieser Betrag nicht im IAFP vorgesehen war, doch wir anerkennen, dass die kurzfristige Dringlichkeit kaum anders zu bewältigen gewesen wäre.

Was uns positiv stimmt, ist die Ankündigung einer gesamtheitlichen Planung für das Areal Blindenmoos. Ein Wettbewerb soll jetzt eine gute zukunftstaugliche Lösung bringen. Das begrüßen wir. Endlich wird im Schulkreis Schliern an einer langfristigen Perspektive gearbeitet. Allerdings stellen sich auch hier für uns die Fragen, welche Schülerzahlen dieser Planung zu Grunde liegen? Wurden die demografischen Entwicklungen realistisch einbezogen? Wir erinnern daran, dass in Städten wie Zürich, die Schülerzahlen bereits rückläufig sind, mit Folgen, wie plötzlich leer stehenden Schulhäusern. Hat man dem Beachtung geschenkt? Wir behandeln heute ein Symptom - die Ursache, das Fehlen der strategischen Planung, ist erkannt. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion erwartet, dass wir uns hier künftig im Parlament nicht nur mit Notlösungen befassen müssen, sondern echte Massnahmen zur Ursachenbekämpfung beschliessen können. Wie bereits erwähnt, unterstützt die EVP-GLP-Mitte-Fraktion diesen Kreditantrag einstimmig.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Lukas Erni, Grüne: Wenn Container so wie Kinder wachsen, plötzlich schneller als erwartet, dann stehen wir genau vor dem, was uns jetzt vorliegt: Vor einem akuten Raumbedarf, welcher nicht nur Platz, sondern auch eine gute Portion Pragmatismus verlangt. Wir von den Jungen Grünen/Grünen stehen hinter diesem vorliegenden Kredit. Es ist notwendig, da der Schulraum fehlt – und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt. Und das ist die Realität und diese kann man nicht einfach wegplanen.

Gleichzeitig fällt uns auf: Es ist bereits das zweite Mal in dieser kurzen Zeit, in welcher in Schliern ein solcher Schulraumbedarf besteht. Der erste Bedarf wurde noch mit der guten Idee, diesen später nachrüsten zu können, gelöst und der zweite kam vermutlich etwas schneller, als man gehofft hatte. Die Idee mit dieser Erweiterungsmöglichkeit ist sehr erfreulich und verdient auch unser Lob. Vorausschauend zu planen heisst eben auch, flexibel handeln zu können, wenn es darauf ankommt. Insofern finden wir, dass der Gemeinderat hier mit diesem ersten Provisorium durchaus umsichtig gehandelt hat.

Doch so pragmatisch diese Lösung auch ist, so bleibt sie doch eine Notlösung und zeigt einmal mehr, dass aufgeschobene Investitionen nicht einfach verschwinden, sondern sich als Provisorien zurückmelden. Oft mit Bauwagen und Mehrkosten im Gepäck. Wer zu lange wartet, bezahlt am Schluss mehr, sei es mit Geld, Qualität oder mit Nerven. Diese Dynamik beobachten wir nicht das erste Mal: Auch beim OZK war der Containerbau letztlich die Quittung für zu langes Zuwarten und so drängt sich bei uns langsam die Frage auf, wie viele Container braucht es noch, bis man von einer strategischen Lücke sprechen kann?

Wenn wir weiterhin Investitionen so lange rausschieben, bis sie buchstäblich nicht mehr aufzuschieben sind, dann verwandeln sich unsere Schulstandorte irgendwann in temporäre Siedlungen auf Zeit. Das Umland würde uns dann nicht mehr als "Ampliwiil" kennen, sondern uns liebevoll "Containerliwil" nennen.

Darum sagen wir, ein funktionierendes Gemeinwesen misst sich nicht nur an den schwarzen Zahlen im Budget, sondern auch daran, ob sie ihre Aufgaben vorausschauend erfüllt. Besonders dort, wo es um Bildung, Raum und Zukunft geht. Wir stimmen diesem Kredit zu, weil der Schulraum jetzt gebraucht wird. Wir hoffen aber, dass es bald wieder vermehrt um dauerhafte Lösungen geht und nicht um dauerhafte Provisorien.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Beim vorliegenden Geschäft reden wir über einen Kredit für die Erweiterung des Schulraumprovisoriums der Schulanlage Schliern Blindenmoos. Wir bedanken uns bei der Verwaltung und der zuständigen Direktion für die Ausarbeitung des vorliegenden Antrages.

Wie im Antrag erläutert und auch bereits von meinen Vorredner:innen gesagt, ist die räumliche Situation im 1. Stock des Gebäudes "Blimo 2" durch beengte Platzverhältnisse geprägt. Dies wirkt sich insbesondere auf die Unterrichtsqualität aus. Der Lehrplan 21 sieht flexible Unterrichtsformen mit individueller Lernförderung vor. Dies erfordert die Möglichkeiten in Kleingruppen oder Halbklassen mit den Kindern zu arbeiten. Dazu empfiehlt der Kanton Bern eine Mindestvorgabe von einem Gruppenraum auf zwei Klassen im Zyklus 2 (3. – 6. Klasse). Aktuell besteht im 1. Stock kein zusätzlicher Gruppenraum, der für solche Unterrichtsformen nötig ist. Aufgrund der aktuellen Platzverhältnisse sind flexible Unterrichtsformen nur eingeschränkt oder gar nicht möglich. Für die SP/JUSO-Fraktion ist das unhaltbar. Die Qualität des Unterrichts darf nicht unter beengten Platzverhältnissen leiden. Weiter hätte es unserer Ansicht nach gar nie dazukommen dürfen, dass Gruppenräume zu Klassenzimmern umfunktioniert werden und dadurch die Mindestanforderungen nicht mehr eingehalten werden können.

Ein weiterer Aspekt gilt der Sicherheit im Schulhaus. Bei einer so grossen Anzahl an Kindern auf diesem engen Raum können im Falle eines Notfalls, wie etwa einer Evakuierung, die engen Gänge oder überfüllte Ausgänge zur Gefahr werden. Auch kleinere Alltagsrisiken etwa durch Stolperfallen in überfüllten Garderoben nehmen in einer solchen Umgebung zu. Besonders in Stosszeiten, wie vor Unterrichtsbeginn, in den Pausen oder beim Schulschluss, kommt es regelmässig zu Gedränge und eingeschränkter Bewegungsfreiheit. Das betrifft nicht nur den 1. Stock, sondern auch die Schülerinnen und Schüler in den oberen Stöcken.

Um einen sicheren und lernförderlichen Schulalltag zu gewährleisten, ist es dringend erforderlich zu handeln. Mit einer Erweiterung des bereits bestehenden Schulraumprovisoriums kann kurzfristig eine Entlastung für das Gebäude "Blimo 2" erreicht werden. Die Lösung mit Schulraumprovisorien ist aus unserer Sicht nicht ideal, im vorliegenden Fall jedoch leider nicht anders umsetzbar. Wir bedauern, wie auch meine Vorredner:innen, dass das Schulraumkonzept immer noch nicht vorliegt und möchten an dieser Stelle noch einmal erwähnen, wie wichtig dieses Konzept ist, um eine vorausschauende Planung machen zu können. Aktuell wird in Schliern eine "Pflästerlipolitik" betrieben, die auf lange Sicht nicht gut gehen kann.

Betreffend die Zukunft dieses Schulhauses bezweifeln wir, dass der Fahrplan gemäss Parlamentsantrag in dieser kurzen Zeit eingehalten werden kann. Zudem werden während einer allfälligen Sanierung noch mehr provisorische Schulräume benötigt, die jetzt geschaffen werden müssen. Gleichzeitig wird die 1. Klasse seit letztem Sommer wiederum in vier Klassen geführt. Das heisst in zwei Jahren, wenn diese Klassen ins Gebäude "Blimo 2" wechseln, werden wir wieder am selben Punkt sein, jedoch bereits mit zwei Provisorien. Wir bitten den Gemeinderat hier vorausschauend zu planen und auch bei einer Erweiterung des Schulhauses genügend Platz einzuplanen. Es sollte nicht so weit kommen, dass kurz nach der Fertigstellung der Sanierung bereits wieder gegen Platzprobleme gekämpft werden muss.

Die SP/JUSO-Fraktion wird aufgrund mangelnder Alternativen dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen. Wir möchten jedoch noch erwähnen, dass die Schulraumplanung nicht aufgrund der Finanzpolitik gewisser Parteien eingeschränkt werden darf. Hier geht es um die Zukunft unserer Kinder und das Angebot einer chancengerechten Bildung für alle.

Gemeinderat, Thomas Marti, GLP: Von meiner Seite her danke für die, trotz Kritik, gute Aufnahme des Geschäfts. Es ist mir ebenfalls klar, dass wir auch rein vom Prozess her etwas spät sind, wenn wir für ein Baugesuch, welches wir bereits eingereicht haben, hier jetzt einen Kredit beantragen, dann ist dies nicht die Art, mit welcher ich mit dem Parlament zusammenarbeiten möchte. Das ist klar.

In der Sache selber, also vom Provisorium, glaube ich aber, dass dies das Richtige ist. Und es geht nicht darum, ein "Bidonville" zu kreieren. Provisorien, das ist nicht immer ein schlechtes Wort, davor möchte ich euch die Angst nehmen: Wenn man auf einem Areal eine Gesamtanierung hat und gleichzeitig noch eine Erweiterung, dann muss es schon sehr gut laufen, damit es keine Provisorien braucht.

Von daher würde ich sagen, dass wir sicherlich nicht das letzte Mal das Wort Provisorium in den Mund genommen haben - aber in diesem Fall hier hoffe ich schon, dass es gelingt, mit der weiteren Planung, mit dem was wir vorgesehen haben, innerhalb der nächsten drei Jahren in Schliern etwas Stabiles zu erreichen.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Ihr seid nicht zufrieden, wir sind nicht zufrieden - ich glaube mit dieser Situation, wie wir sie aktuell haben, kann niemand zufrieden sein. Doch es ist ganz wichtig zu sagen, dass diese nicht über Nacht entstanden ist und sie wird sich auch nicht über Nacht wieder auflösen.

Wir haben einiges geerbt. Wir sprechen ja manchmal von den zukünftigen Generationen. Die vergangenen Generationen haben vielleicht nicht an uns gedacht, als sie gewisse Entscheide gefällt haben und man muss einfach wissen, dass verschiedene Themen jetzt gleichzeitig auf uns zukommen. Es ist mir wichtig, dies einmal zu erwähnen.

Wir hatten das grosse Bevölkerungswachstum in Köniz in den 60er und 70er Jahren, als dieses wirklich einen grossen Sprung gemacht hat. Von damals stammt oft auch unsere Schulinfrastruktur – übrigens auch unsere sonstige Infrastruktur – und diese ist jetzt wirklich sehr oft "end of Life". Und das merkt man an vielen Standorten, nicht nur in Schliern. Und oft wurden zusätzlich auch die notwendigen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten nicht gemacht. Das sind also bereits zwei Themen, welche wir haben. Und drittens haben wir noch mehr Schülerinnen und Schüler, das heisst, wir müssen auch noch erweitern. Das ist eine Herkulesaufgabe, welche uns in den nächsten Jahren erwartet, um mit dem allem zu Boden zu kommen. Und ihr habt zurecht gesagt, wir sind an einer strategischen Schulraumplanung dran, damit wir mehr Transparenz für euch reinbringen können, damit ihr es versteht - so wie Katja Streiff gefragt hat, auf welche Planung man abstellt – dass ihr die Planung seht, damit ihr den Zustand der Gebäude seht, damit ihr aber auch seht, welche Auswirkungen die pädagogische Entwicklung, Konzepte, Tagesbetreuung etc. auf unsere Schulräume pro Schulbezirk oder sogar pro ganzes Tal, wie beispielsweise im Wangental, haben. Das ist wichtig und das ist eine wichtige Grundlage, um zusammen zu sprechen. Wir sind daran, dies zu erarbeiten. Wir werden erste Erkenntnisse der GPK und der Finanzkommission im August präsentieren können. Bei der GPK konnten wir bereits das Vorgehen etwas aufzeigen. Das ist eine Bestandsaufnahme und wir hoffen, bis Ende Jahr, einen Abschluss zu haben. Das braucht danach eine rollende Planung, welche wir immer wieder updaten müssen.

Aber, das ist nur die Transparenz. Machen müssen wir es dann immer noch und ich will euch sagen, dass nicht einfach nichts in den vergangenen Jahren gemacht wurde, und die Planung oder die Strategie alleine wird auch nicht die verschiedenen Probleme beheben, welche wir in vielen Schulbezirken haben. Und Thomas Marti hat es richtig gesagt: Wenn wir an die Gesamtsanierungen eines ganzen Schulareals kommen, dann wird es hier und dort weitere Anträge auf Entlastung, auf Provisorien geben, damit der Schulbetrieb weiter vorankommen kann. Wir müssen alle am gleichen Strick ziehen und es wird in den nächsten Jahren wichtig sein, dass wir hier vorwärts gehen und diese Sachen auch realisieren können. Und das ist jetzt der Anfang, aber wir arbeiten sehr stark daran, diese Altlasten, welche wir zum Teil haben, abtragen zu können und gleichzeitig die neuen Aufgaben annehmen zu können, welche wir haben, damit alle Kinder in unserer Gemeinde guten Bildungsraum haben.

Gemeinderat, Hans-Peter Kohler, FDP: Ich sage gerne auch noch etwas dazu. Ich kann das voll unterstreichen, was die Gemeindepräsidentin gesagt hat, es ist nicht so, dass wir einfach nichts gemacht haben. Es wurde immer daran gearbeitet und die strategische Schulraumplanung, mit dieser hat man den Bagger noch nicht aufgefahren. Man muss es eben dann auch noch bauen. Doch wir sind dort wirklich mit externer Unterstützung dran. Es gibt dort auch Profis, welche dies schon seit vielen Jahren machen und die meisten Gemeinden brauchen das auch und es macht Sinn, dass dies so läuft.

Aber was ich beinahe nicht mehr hören kann, weil es immer wieder gesagt wird: Wir hätten kein Schulraumkonzept. Das ist falsch, das ist Quatsch, das stimmt nicht.

Sogar diese Firma, mit welcher wir die strategische Schulraumplanung entwickeln, hat bei einer letzten Sitzung gesagt, dass die Schulraumkonzepte – die Alten, also die Letzten, welche wir von der BSS aus gemacht haben – dass diese gar nicht so schlecht sind. Dieses Papier gibt es und es wurde auch ergänzt. Es ist also nicht so, dass wir nichts haben. Es gibt kein fehlendes Schulraumkonzept. Warum kommt ihr also immer wieder damit?

Wir – also die ganze Exekutive - haben lediglich gemerkt und auch daraus gelernt, dass man es etwas anders aufhängen muss. Jede Direktion ist beteiligt. Früher konnte der Bildungsvorsteher noch mit dem Abteilungsleiter oder der Abteilungsleiterin in einem Dreizeiler etwas bestellen, heute ist dies komplexer.

Aber es stimmt einfach nicht - wir hatten immer ein Schulraumkonzept, doch ja, es ist nicht mehr ganz up-to-date, doch die Zahlen, wen man es liest, zeigten schon damals, dass es in Schliern eng werden wird. Und manchmal waren einfach auch die politischen Mehrheiten nicht da, auch im Gemeinderat, das kann ich sagen, das konnte man genügend lesen: Beim OZK hatte man die Mehrheit nicht, damit man früher hätte beginnen können. Dann gab es die Wasserschäden und das Ganze. In der Politik läuft es einfach manchmal so. Auf dem Radar hatten wir es längstens, das wussten wir.

Dies zusammenfassend noch – und sagt nicht mehr, dass es kein Schulraumkonzept gäbe. Das stimmt einfach nicht.

Beschluss

Das Parlament bewilligt für das Projekt "Erweiterung Containerprovisorium" in Schliern Blindenmoos einen Kredit für die Jahre 2025 – 2028 von total CHF 346'500.-- (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) als Verpflichtungskredit zu Lasten der Erfolgsrechnung.

(Abstimmungsergebnis: Stillschweigende Annahme)

PAR 2025/33

V2411 Motion (SP/JUSO, Grüne, Junge Grüne) „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Auftrag:

1. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für Anlässe der Volksschule an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzugleichen.
2. Der Gemeinderat legt für obligatorische Klassenlager und Exkursionen eine für alle Könizer Schulen verbindliche Bandbreite der Beiträge pro Tag und Kind fest.
3. Der Gemeinderat sorgt dafür, dass das bestehende Angebot der Könizer Schulen an obligatorischen Exkursionen und Klassenlagern in Bezug auf Qualität und Menge mindestens beibehalten wird und stellt die nötige Finanzierung dafür sicher.

Begründung:

Das Bundesgericht entschied im Dezember 2017 (BGE 144 I 1), dass Schulen keine Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten mehr verlangen dürfen. Es bezog sich dabei auf die Bundesverfassung, die einen unentgeltlichen Volksschulunterricht für alle garantiert; darunter fallen auch Ausflüge, Landschulwochen und Skilager, sofern die Teilnahme obligatorisch ist. Den Eltern dürfen gemäss Entscheid des Bundesgerichts nur Kosten in Rechnung gestellt werden, die sie durch die Abwesenheit ihrer Kinder sparen. Dies betrifft namentlich Verpflegungskosten von 10 bis 16 Franken pro Tag. Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern hat in der Folge die Vorgaben des Bundesgerichts nach oben korrigiert und empfiehlt eine Bandbreite von 15 bis 25 Franken pro Tag.

In seiner Antwort auf die Interpellation „Elternbeiträge für ausserschulische Aktivitäten“ (V1834) schrieb der Gemeinderat 2019, dass er in Bezug auf die Praxis in der Gemeinde Köniz keinen Handlungsbedarf ableitet. Die in der Antwort enthaltene Umfrage bei den Schulleitungen zeigte allerdings eine grosse Heterogenität in der Handhabung der Elternbeteiligung. Dort wurden den Eltern zu diesem Zeitpunkt sehr unterschiedliche Pauschalen sowie teilweise auch ÖV-Beiträge verrechnet. Verschiedene Schulkreise verrechneten zudem höhere Beträge als von der Bildungs- und Kulturdirektion empfohlen, teilweise mit der Möglichkeit, dass bedürftige Familien auf Gesuch hin entlastet werden. Insbesondere diese Praxis wirkt stigmatisierend, widerspricht der Grundidee der Volksschule sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung.

Im Rahmen einer umfassenden Erhebung des Eidgenössischen Preisüberwachers (Bericht «Beteiligung der Eltern an den Kosten von obligatorischen Lagern und Exkursionen der Volksschule» vom 3. September 2024) wurde die Praxis der Kostenüberwälzung schweizweit überprüft. Der Preisüberwacher stellt darin fest, dass unter anderem die Empfehlung der bernischen Bildungs- und Kulturdirektion in klarem Widerspruch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung steht. Basierend auf einer aktualisierten Datenlage sei der zulässige Betrag, der Eltern für obligatorische Klassenlager und Exkursionen pro Kind und Tag auf 8 Franken zu reduzieren.

Die Könizer Schulen bieten den Schülerinnen und Schülern vielfältige lehrreiche Exkursionen und Klassenlager an, die sehr geschätzt werden. Auch der damit verbundene Zusatzaufwand, den die Lehrpersonen leisten, wird von der Könizer Politik wahrgenommen und sehr geschätzt. Dieser Vorstoss stellt dieses Angebot in keiner Weise in Frage, sondern möchte rein die Finanzierung dieser Veranstaltungen rechtskonform und für die Familien finanziell tragbar gestalten.

Der Gemeinderat wird beauftragt, sicherzustellen, dass in Köniz eine Praxis durchgesetzt wird, welche mit der bundesgerichtlichen Rechtsprechung sowie den Erkenntnissen des Preisüberwachers übereinstimmt. Eine entsprechende Regelung darf nicht zulasten des Angebots gehen.

Eingereicht

04.11.2024

Unterschrieben von 24 Parlamentsmitgliedern

Isabelle Steiner, Monika Röthlisberger, Janka Hamm, Brigitte Rohrbach, Bülent Celik, Franziska Adam, Rahel Gall, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, David Müller, Dominik Fischli, Sara Gasser, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Jürg Mosimann, Matthias Müller, Katja Streiff, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Casimir von Arx, Arlette Mürger, Christine Müller

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag.

2. Ausgangslage

Die Motionärinnen und Motionäre fordern, dass die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für obligatorische ausserschulische Aktivitäten der Könizer Volksschulen an die bundesgerichtliche Rechtsprechung angepasst wird. Konkret soll der Gemeinderat eine einheitliche und für alle Schulen verbindliche Bandbreite der Elternbeiträge pro Tag und Kind festlegen. Zudem wird verlangt, dass das bestehende Angebot an Exkursionen und Klassenlagern in Bezug auf Qualität und Umfang erhalten bleibt und die Gemeinde die dafür notwendige Finanzierung sicherstellt.

In der Begründung der Motion wird auf das Bundesgerichtsurteil BGE 144 I 1 (2017) verwiesen, welches festhält, dass obligatorische schulische Veranstaltungen unentgeltlich sein müssen. Eltern dürfen lediglich für tatsächliche Einsparungen, etwa für Verpflegungskosten, zur Kasse gebeten werden.

Der Gemeinderat nimmt dazu wie folgt Stellung:

3. Auftrag 1: Rechtskonforme Angleichung der Elternbeiträge an die Bundesgerichtliche Rechtsprechung

Der Gemeinderat ist bereit, die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten für Anlässe der Volksschule an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzupassen. Eine einheitliche und rechtskonforme Regelung für alle Schulkreise trägt aus seiner Sicht zur Rechtssicherheit und Gleichbehandlung aller Erziehungsberechtigten bei. Eine Anpassung der Regelung ist daher angezeigt, vor allem im Interesse einer einheitlichen und nachvollziehbaren Praxis.

4. Auftrag 2: Festlegung einer einheitlichen Bandbreite der Elternbeiträge für obligatorische Klassenlager und Exkursionen

Aus Sicht des Gemeinderates trägt die Festlegung einer verbindlichen Bandbreite der Elternbeiträge für obligatorische Klassenlager und Exkursionen wesentlich zur finanziellen Planungssicherheit für Schulen, Eltern und die Gemeinde bei.

Eine isolierte Festlegung der Bandbreite der Elternbeiträge ohne konzeptionelle, organisatorische und finanzielle Einbettung ist aus Sicht des Gemeinderates allerdings nicht zielführend. Eine gemeindeweite, rechtskonforme Handhabung erfordert eine enge Zusammenarbeit mit der Schulkommission, da diese gemäss Art. 12 Abs. 5a Bildungsreglement für die strategische Steuerung der Schulen zuständig ist. Darüber hinaus ist auch eine Abstimmung mit der Schulleiterkonferenz erforderlich, da diese gemäss Art. 20 Bildungsreglement für pädagogische Konzepte mit gemeindeweiter Gültigkeit verantwortlich ist.

Die Umsetzung von Auftrag 2 der Motion erfordert daher eine rechtliche, finanzielle und konzeptionelle Abstimmung zwischen den beteiligten Behörden und Gremien. Der Gemeinderat wird diese Arbeiten vorantreiben und in enger Zusammenarbeit mit der Schulkommission sowie der Schulleiterkonferenz eine tragfähige und praxisgerechte Lösung erarbeiten.

5. Auftrag 3: Sicherstellung des bestehenden Angebots an obligatorischen Exkursionen und Klassenlagern in Qualität und Umfang auf heutigem Stand

Der Gemeinderat anerkennt, dass an vielen Schulstandorten eine wertvolle Tradition und Kultur im Bereich der Exkursionen und Klassenlager gewachsen ist. Diese Veranstaltungen sind nicht nur fester Bestandteil des Schulalltags, sondern leisten auch einen wesentlichen Beitrag zur sozialen und fachlichen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Die Bildungsstrategie der Gemeinde Köniz sowie der Lehrplan 21 unterstreichen die Bedeutung ausserschulischer Lernorte für erfahrungsorientiertes Lernen und die Förderung von Sozialkompetenzen.

Die bisherige Finanzierungsregelung reicht nicht aus, um die tatsächlichen Kosten für obligatorische Exkursionen und Klassenlager im heutigen Umfang zu decken. In welchem Umfang die Gemeinde die bisher auf die Eltern übertragenen Kosten übernehmen kann, ist im Rahmen dieser Stellungnahme nicht abschliessend zu beantworten. Eine Überprüfung der bestehenden Angebote wird erforderlich sein, um eine finanziell tragbare und organisatorisch umsetzbare Lösung zu erarbeiten.

Der Gemeinderat sieht sich einerseits in der Verantwortung, die bestehende Qualität und Anzahl der Exkursionen und Klassenlager so weit wie möglich auf dem heutigen Stand zu halten. Andererseits ist ihm die finanzielle Tragbarkeit der zukünftigen Lösung für die Gemeinde wichtig. Eine Neubewertung der bisherigen Praxis an sämtlichen Schulstandorten ist aus Sicht des Gemeinderates erforderlich.

Der Gemeinderat, die Schulkommission und die Schulleiterkonferenz werden prüfen müssen, welche Angebote in ihrer bisherigen Form weitergeführt werden können und wo Anpassungen erforderlich sind. Dies betrifft insbesondere hochpreisige Lager, die bislang stark auf Elternbeiträge angewiesen waren.

Eine gemeindeweit einheitliche Regelung bedingt zudem eine Überprüfung der Angebotsvielfalt, um sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel gezielt und wirksam eingesetzt werden, ohne dass pädagogisch wertvolle Aktivitäten eingeschränkt werden. Dabei sind sowohl die Kosten als auch die pädagogische Bedeutung und die organisatorische Umsetzbarkeit zu berücksichtigen.

Aufgrund dieser Überlegungen kann der Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt nicht definitiv zusichern, dass die Anpassung der Kostenbeteiligung zu keiner Reduktion des aktuellen Angebots führen wird. Um diesem Anliegen Rechnung zu tragen, sind vertiefte Abklärungen hinsichtlich der finanziellen Machbarkeit und der strukturellen Umsetzung erforderlich. Der Gemeinderat wird diese Arbeiten in enger Zusammenarbeit mit der Schulkommission und der Schulleiterkonferenz angehen.

6. Finanzen

Die finanziellen Auswirkungen einer gemeindeweit einheitlichen Regelung für obligatorische Exkursionen und Klassenlager hängen wesentlich von der gewünschten Angebotsausgestaltung ab. Je nach Modell – beispielsweise ein Lager pro Schuljahr oder eines pro Zyklus – ergeben sich markant unterschiedliche Kosten.

Eine präzise Berechnung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da die künftige Ausgestaltung der Angebote noch nicht festgelegt ist. Erst bei Vorliegen konkreter Vorgaben und Rahmenbedingungen können belastbare Finanzierungsmodelle entwickelt werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt 1 der Motion wird erheblich erklärt.

Punkt 2 der Motion wird erheblich erklärt.

Punkt 3 der Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 5. März 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Formelle Prüfung der Motion vom 21. November 2024

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Isabelle Steiner, SP Frauen: Vielen Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die sorgfältige Beantwortung unserer Motion.

Ich nehme an, wir alle haben lebhaftige Erinnerungen an Schullager und Exkursionen in unserer Schulzeit. Der Ausbruch aus dem Klassenzimmer war für mich immer etwas ganz Besonderes. Die Reise in den Wald, in die Berge, in fremde Städte oder wohin auch immer, lässt einen die Welt erfahren und ermöglicht einem mit allen Sinnen zu lernen und auch Sachen zu lernen, die in einem Schulzimmer unmöglich sind, wie zum Beispiel das Skifahren. Und: Die gemeinsame Reise, das Schlafen im Massenschlag, das geteilte Erlebnis schweisst die Klasse als Gemeinschaft zusammen und lehrt soziale Kompetenzen. Auch darum sind diese ausser schulischen Aktivitäten ein fixer Bestandteil unserer Bildung resp. der Könizer Bildungsstrategie und dem Lehrplan 21.

Umso wichtiger ist es, dass alle Kinder an diesen Erfahrungen können teilhaben – unabhängig vom Portemonnaie. Das ist auch in der Bundesverfassung so verankert. Art. 19 BV hält fest, dass ein Anspruch auf unentgeltlichen und ausreichenden Schulunterricht besteht. Dazu gehören auch die ausser schulischen Aktivitäten – auch wenn den Eltern die Kosten angerechnet werden dürfen, welche sie durch die Abwesenheit ihrer Kinder einsparen. Ganz kostenlos sind diese also nie. Das Bundesgericht hat 2017 festgelegt, dass den Eltern rund CHF 10 bis CHF 16 pro Tag und Kind als Beteiligung verrechnet werden dürfen. Das ist inzwischen acht Jahre her. Der Preisüberwacher hat diese Zahlen darum kürzlich basierend auf den gleichen Berechnungsgrundlagen aktualisiert, welche vom Bundesgericht verwendet worden sind. Er ist 2024 von verrechenbaren Kosten von CHF 8 pro Tag und Kind ausgegangen. Eine rechtskonforme Umsetzung muss sich also an diesen Zahlen orientieren. Erst kürzlich ist mir von einem viertägigen Lager vom Schulhaus Morillon erzählt worden, für welches CHF 250 verlangt wurden – das ist doch ein deutlicher Unterschied.

Dass der Grundsatz auch acht Jahre nach dem Bundesgerichtsurteil und sechs Jahre nach unserer Interpellation im Jahr 2019 noch immer nicht erfüllt ist, stört uns sehr. Wir verstossen damit nicht nur gegen geltendes Recht, sondern verunmöglichen den Familien in unserer Gemeinde durch fehlende und transparente Regeln auch ihre Budgetplanung. Und das zu einer Zeit, in der sie sowieso mit zunehmenden finanziellen Belastungen zu kämpfen haben. Es ist höchste Zeit, dass wir hier gleich lange Spiesse für alle Eltern und vor allem für alle Kinder schaffen und den Grundsatz der unentgeltlichen Schulbildung auch bei uns gewährleisten.

Die Punkte 1 und 2 unserer Motion sollten vor diesem Hintergrund eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein: Die Gemeinde soll sicherstellen, dass ein Leiturteil des Bundesgerichts umgesetzt wird und alle Kinder an Exkursionen und Lagern teilnehmen können – unabhängig vom Budget ihrer Eltern. Die genauen Beträge resp. Bandbreiten soll der Gemeinderat in der Umsetzung der Motion festlegen.

Es freut uns sehr, dass der Gemeinderat bereit ist, hier eine verbindliche Bandbreite zu erarbeiten, die mit den Grundsätzen des Bundesgerichts übereinstimmen. Das ist ein bildungspolitisch wichtiger Schritt. Er stärkt die Volksschule in ihrem Selbstverständnis als Bildungsort für alle Kinder.

Ich habe hohes Vertrauen in unsere Lehrkräfte, dass sie bereits heute sensibel für dieses Thema sind und sie leisten dort auch wirklich viel Arbeit, um auch Kindern mit schwierigen Ausgangslagen helfen zu können, an Lager und Exkursionen teilzunehmen. Trotzdem kam es bisher auf die Schule, die Schulleitung, den Ortsteil, die Lehrkraft oder die Beziehung zu den Eltern an, wie stark eine Familie schliesslich entlastet oder belastet werden konnte. Und es hat die Schulen und Lehrpersonen auch immer Zeit und Ressourcen gekostet, diese Lösungen zu erarbeiten und zu organisieren. Eine einheitliche Regelung schafft hier Fairness und Verlässlichkeit und entlastet die Lehrpersonen und Schulleitungen. Wir sind erfreut sieht das der Gemeinderat auch so.

Punkt 3 ist uns aber mindestens genauso wichtig, wie die ersten beiden Punkte. Hier geht es darum, dass die Anpassung der Elternbeiträge nicht dazu führen darf, dass die Schulen Exkursionen und Lager ganz streichen oder die Qualität erheblich senken müssen, um die Aktivitäten überhaupt noch durchführen zu können. Das wäre das Gegenteil von dem, was wir erreichen wollen und wäre eine massive Einbusse in die Bildungschancen der Könizer Kinder.

Die Menge der Angebote soll insgesamt bestehen bleiben. Das heisst nicht, dass jedes einzelne Lager oder jede einzelne Schulreise in alle Ewigkeit in der gleichen Form und von derselben Lehrperson durchgeführt werden muss. Es heisst aber, dass die Angebote wegen der Umstellung des Finanzierungsmodells insgesamt nicht abnehmen dürfen.

Auch die Qualität soll in ihrer Grundgesamtheit bestehen bleiben. Dass die Angebote im Einzelnen überprüft und einander angeglichen werden, damit alle Kinder die Möglichkeit bekommen, Angebote in vergleichbarer Qualität zu besuchen, begrüssen wir.

Gleichzeitig anerkennen wird, dass wir zum Thema noch grosse Wissenslücken haben. Offenbar wissen wir nicht genau, für was und wie wir den bereits heute existierenden Budgetposten "Exkursionen, Schulreisen und Lager" in der Höhe von gut CHF 290'000 ausgeben. Auch die Suche nach möglichen Finanzierungsmodellen möchten wir zu diesem Zeitpunkt nicht vorwegnehmen, sondern dies dem Gemeinderat überlassen. Trotzdem ist es unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker auch für die korrekte Finanzierung von diesen Angeboten zu sorgen. Wir sind überzeugt, dass der Gemeinderat die Suche nach Lösungen und möglichen finanziellen Unterstützungen von Lagern und Exkursionen genauso in die Verhandlungen mit der Schulkommission und der Schulleiter:innenkonferenz tragen muss, wie die ersten beiden Punkte.

Ziel bleibt es damit, eine rechtskonforme Regelung zu finden, welche weiterhin unbürokratisch genug ist und attraktive Lager und Exkursionen zulässt.

Fraktionssprecherin FDP, Tatjana Rothenbühler: Die FDP. Die Liberalen danken dem Gemeinderat für seine Antwort. Wir erachten es als sinnvoll diese Kostenbeteiligung an die bundesgerichtliche Rechtsprechung anzugleichen und stimmt zu, Punkt 1 der Motion erheblich zu erklären. Auch zu Punkt 2 stimmen wir der Erheblicherklärung zu, weil wir eine klare Definition der Bandbreite der Beiträge befürworten, welche keinen Platz für Interpretationsmöglichkeiten offen lässt. Punkt 3 lehnen die FDP. Die Liberalen ab.

Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP: Diese Motion verfolgt grundsätzlich ein gutgemeintes Ziel. Nämlich die rechtliche Klärung der Elternbeiträge im Einklang mit dem Bundesgerichtsentscheid. Doch sie greift in unseren Augen zu kurz und verkennet die Realität an unseren Könizer Schulen.

Die bisherigen Modelle in Köniz mit individuellen Subventionen, Mischrechnungen und pragmatischen Lösungen haben funktioniert. Kein Kind ist zurückgeblieben, auch bei finanziell schwächeren Familien nicht. Die Motion droht die bewährte Praxis durch starre Vorgaben zu ersetzen. Die Folge: Weniger Handlungsspielraum für Schulen, mehr Bürokratie und am Ende möglicherweise das Aus für Klassenlager wie dies die Lehrpersonen an unseren Könizer Schulen auch zu Recht befürchten.

Ziffer 1 mag juristisch korrekt sein, doch ein isoliertes "ja" zur Rechtsanpassung ohne gesicherte Finanzierung oder realistische Umsetzung ist nicht zielführend. Zudem ist auch festzuhalten, dass gemäss Art. 13 des Volksschulgesetzes vom 19.03.1992 der Unterricht an den öffentlichen Schulen unentgeltlich ist, die Festlegung der Elternbeiträge an den Kosten von obligatorischen Klassenlagern und Exkursionen aber Sache der Gemeinde ist. Im März 2025, also vor etwas mehr als einen Monat, hat die Bildungsdirektion des Kantons Bern folgende Empfehlung abgegeben: "Kostenbeiträge der Erziehungsverantwortlichen an obligatorischen Schullagern, Schulreisen und so weiter, sind zulässig. Die Höhe der Kostenbeiträge muss vernünftig und zumutbar sein. In finanziellen Härtefällen müssen Ausnahmen von der Kostenbeitragspflicht gemacht werden." Das kann so auf der kantonalen Homepage nachgelesen werden.

Problematisch sind aber auch die Ziffern 2 und 3: Die Festlegung einer einheitlichen Beitragsspanne kann aus Gründen der Gerechtigkeit zwar sinnvoll sein, birgt aber die Gefahr einer starren Vorgabe, welche die nötige Flexibilität untergräbt. Die Schulen haben bislang wirklich pragmatisch und sozial ausgewogen gehandelt. Auch im Sinne der Chancengerechtigkeit. Jetzt eine fixe Obergrenze ohne differenzierte Finanzierungslösung zu machen, gefährdet diesen Fortbestand der wertvollen pädagogischen Angebote, wie Skilager oder Landschulwochen.

Der Gemeinderat anerkennt zwar die Ziele, hält sich aber bei Ziffer 3 bewusst offen und das in unseren Augen aus gutem Grund: Ohne gesicherte Finanzierung ist ein verbindlicher Erhalt des Angebots nicht realistisch. Sind wir ehrlich: Wenn eine Bandbreite von CHF 15 bis CHF 25 pro Tag und Kind besteht, dann ist die Umsetzung eines Skilagers schlicht und einfach nicht mehr möglich. Die Lehrpersonen haben so schon einen unglaublichen Aufwand für die Organisation eines solchen Lagers. Sie werden sicher nicht noch zusätzlich eine Spendensammlung lancieren wollen. Und wer jetzt denkt, dass die Differenz einfach durch die Gemeinde finanziert werden soll, der darf auch gerne einmal den Taschenrechner hervornehmen. Ein Skilager kostet für die Eltern ca. CHF 280. Wird der Maximalbetrag von der Bandbreite abgezogen, bleibt ein Restbetrag von CHF 155 pro Kind, welcher zusätzlich durch die Gemeinde finanziert werden soll. Wenn man dies jetzt auf alle Schulkinder in unserer Gemeinde rechnet ... ihr wisst, worauf ich hinaus will.

Uns ist der Erhalt dieser Klassenlager für unsere Kinder zu wichtig, als dass wir diese mit dieser Motion, wie sie jetzt hier vorliegt, gefährden möchten.

Darum unser Fazit: Die rechtliche Anpassung ist zwingend, doch die Umsetzung muss mit Augenmass erfolgen. Eine pauschale finanziell nicht abgestützte Vorgabe führt zu einer Nivellierung nach unten. Das Angebot darf nicht am Geld scheitern, weder bei den Eltern, noch bei den Schulen, noch bei der Gemeinde. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion vertraut darauf, dass der Gemeinderat nach geltendem Recht handelt und lehnt aus den genannten Gründen die Motion grossmehrheitlich ab. Wenn aber Ziffer 1 und 2 überwiesen werden, findet die Mehrheit der EVP-GLP-Mitte-Fraktion, dass auch Ziffer 3 als Motion überwiesen werden muss und zwar damit die bisherigen Angebote auch gesichert werden.

1. Vize-Parlamentspräsidentin Christine Müller: Ich heisse Ronald Sonderegger herzlich willkommen. Es sind somit 39 Parlamentsmitglieder anwesend.

Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne: Man soll immer schauen, was man unterschreibt, der 1. und der 2. Unterzeichner, sonst landet man viel zu viel am Rednerpult. Die Grünen/Jungen Grünen unterstützen die drei Aufträge aus dieser Motion einstimmig und zwar als Paket. Die ersten beiden sind Selbstläufer und der Gemeinderat hat de facto gar keinen Spielraum. Die Verfassung, das Bundesgericht und der Preisüberwacher sind auf einer Linie. Die Volksschule darf für die Erziehungsberechtigten nicht mehr kosten, als wenn die Kinder zu Hause sind und zu Hause essen. Und darf nicht Familien mit schmalen Budget diskriminieren. Und dass diese Familien Finanzierungsanträge an einen Unterstützungsfonds stellen, ist eine Diskriminierung. In Tat und Wahrheit wagt das nämlich auch nahezu niemand.

Die Umsetzung dieser beiden Aufträge darf aber ganz sicher nicht dazu führen, dass die Schulen in Köniz kaum mehr Lager anbieten, beispielsweise nicht mehr nach Tenero können oder nur noch in unterirdischen Unterkünften logieren müssen – "unterirdisch" im doppelten Sinn.

Der dritte Auftrag, nämlich, dass die Gemeinde sicherstellt, dass gleichwohl gesamthaft gesehen, mindestens das bestehende Angebot an Ausflügen, Landschulwochen und Sportlager erhalten bleiben kann, ist für uns aus drei weiteren Gründen entscheidend:

1. Köniz ist bekannt für gute Schulen. Viele Familien ziehen deswegen in unsere Gemeinde. Es ist noch nicht lange her, haben sich die Könizerinnen und Könizer zum Beispiel klar für eine Stärkung des Spez-Sek-Unterrichts an allen Könizer Schulen ausgesprochen. Das ist aus unserer Sicht ein klares Bekenntnis für die Qualität, welche sich unbedingt auch im ausserschulischen Angebot widerspiegeln soll.
2. Ausserschulische Angebote bedeuten für Lehrpersonen so oder so bereits einen Mehraufwand, Katja hat es gesagt. Da dürfen wir ihnen nicht noch Steine in den Weg legen mit unmöglich tiefen Tagessätzen oder Auflagen, sie sollen das Lagergeld doch selbst erwirtschaften. Ansonsten müssen wir uns nicht wundern, wenn kaum noch jemand Ausflüge macht oder Lager anbietet.
3. Wir haben im Wettbewerb um gute Schulleitungen und Lehrpersonen denkbar schlechte Karten, wenn man bei uns nur mit Mühe die Finanzen für gute Lager sichern kann. Beim heutigen Mangel an Schulleitungen und Lehrpersonen müssen wir alles daran setzen, dass Köniz weiterhin als Gemeinde mit einem sehr guten Bildungsangebot gehandelt wird.

Fazit: Aus unserer Sicht wird sich die Gemeinde bei ausserschulischen Aktivitäten finanziell engagieren müssen.

Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried: An was erinnert man sich, wenn man an seine eigene Schulzeit zurückdenkt? Es ist nicht der Mathematik- oder Französischunterricht, nein, es sind die Lager, die Ausflüge und die Schulsreisen, welche einem in den Sinn kommen. Auch in der heutigen Schulzeit ist dies nicht anders. Die ausserschulischen Aktivitäten sind für die soziale Entwicklung, Selbstkompetenzen und für die Lebenserfahrung enorm wichtig, nebst dem sie auch einen grossen pädagogischen Mehrwert haben. Diese Erfahrungen sollen Schulkinder der ganzen Gemeinde Köniz auch in Zukunft machen können.

Ich komme zu den verschiedenen Motionspunkten:

- Punkt 1: Wir sind der Meinung, dass die Kostenbeteiligung von Erziehungsberechtigten für obligatorische Anlässe der Volksschule an die bundesgerichtliche Rechtsprechung angepasst werden muss. Das schützt die Lehrpersonen und die Schulleitungen vor allfälligen Rechtsstreitigkeiten und es wird in der ganzen Gemeinde vereinheitlicht.
- Punkt 2: Es muss unbedingt das Ziel sein, dass Schulkinder der Gemeinde Köniz weiterhin die Möglichkeit haben, an Lager, Exkursionen und Schulsreisen teilnehmen zu können. Wir begrüssen, dass die Schulkommission und die Schulleiterkonferenz zusammen mit dem Gemeinderat eine realistische und praxisgerechte Lösung erarbeiten soll. Es müsste dort definiert werden, wie viel Tage ein Schulkind in der Gemeinde Köniz in seinen 11 obligatorischen Schuljahren zu Gute hat und das gibt dann auch ein Preisschild für die Gemeinde. Vielleicht wäre das dann auch gleich ein Thema für die gemeinsame Klausur von Schulleiter und Schulkommission im November.
- Punkt 3: Eine Sicherstellung des bestehenden Angebots an obligatorischen Exkursionen und Lagern in Qualität und Umfang, kann aber zum jetzigen Zeitpunkt so nicht gewährleistet werden. Nebst der finanziellen Ungewissheit gibt es noch viele andere Faktoren, welche berücksichtigt werden müssen. Zum Beispiel kann von einer jungen Klassenlehrperson, welche frisch von der PH kommt, nicht verlangt werden, im neuen Schuljahr eine Landschulwoche zu organisieren, nur, weil man dies immer so gemacht hat. Beim aktuellen Lehrermangel sind die Schulleiter einfach froh, wenn sie eine ausgebildete Klassenlehrperson haben und dann hat ein Lager keine Priorität. Weder im Lehrplan 21 noch im Volksschulgesetz noch in unserem Bildungsreglement steht, dass Lehrpersonen Lager oder Exkursionen durchführen müssen. Auch braucht es vielleicht eine gewisse Anpassung im Angebot, Alternativen oder neue Ideen. Wir sind sehr froh, dass es trotzdem noch so viele motivierte und engagierte Lehrpersonen und Schulleiter gibt, welche diesen Grossaufwand auf sich nehmen. Aber sicherstellen kann man das so nicht. Bei diesem Punkt können wir die Motion darum nicht unterstützen. Wenn aber das Postulat eine Mehrheit findet, könnten wir damit auch leben, denn wir hätten dann ja auch ein Preisschild.

Wir möchten zudem noch gerne einen Sitzungsunterbruch vor der Abstimmung beantragen.

Andreas Hauser, GLP: Ich fühle mich etwas überfordert, bei diesen Unterlagen und zwar bei zwei Punkten: Da geht es zum einen darum, einen Bundesgerichtsentscheid umzusetzen und da wüsste ich gerne, was der Gemeinderat bei einer Ablehnung der Motion machen würde. Es ist ja eigentlich klar, dass man sich an das geltende Recht halten muss. Da stellt sich mir die Frage, ob es hier Interpretationsspielraum gibt.

Und das zweite ist, dass ich zwar verstehe, dass der Gemeinderat Hemmungen hat, exakte Zahlen zu rechnen, weil in der Umsetzung der Motion natürlich Unklarheiten sind oder auch einen Spielraum, aber ich finde es schwierig, wenn er nicht einmal Anhaltspunkte zu den Kosten gibt. Dann reden wir nämlich viel darüber, was man Schönes und Wichtiges haben möchte, aber man spricht überhaupt nicht über die Grössenordnung der Kosten und diese sollten wir eigentlich haben, wenn wir über etwas entscheiden müssen. Darum bitte ich den Gemeinderat, künftig mehr Mut zu haben und Anhaltspunkte zu den Kosten mitzuteilen. Und diese müssen nicht hinter dem Komma stimmen.

Gemeinderat, Hans-Peter Kohler, FDP: Jetzt haben mich gerade die Kollegin und die Kollegen angeschaut und gesagt, ich soll etwas mutiger sein – ich weiss nicht was sie damit gemeint haben, das war vermutlich humoristisch.

Also beginnen wir doch gleich mit diesen zwei Punkten: Ablehnung trotz Bundesgerichtsentscheid - wenn man hier jetzt sagen würde, nein, das Parlament von Köniz will das nicht: Das ist ja wie bei allen Bundesgerichtsentscheiden. Das ist kein Entscheid, in welchem jede Gemeinde und jeder Schulbezirk genannt ist, das sind Entscheide, wenn jemand dies anfechtet, dann schaut man auf den Bundesgerichtsentscheid und dieser ist ganz eindeutig. Als wir die Motion angeschaut haben, dann war mein erster Auftrag an Markus Willi, schau bitte Punkt 1 und 2 mit dem Rechtsdienst an, gibt es dort eine Möglichkeit, dies nicht zu machen? Nicht, weil wir dies nicht so machen wollten, sondern wie sieht dies rechtlich aus. Die Rückmeldung kam sehr direkt: Nein, es gibt keinen Spielraum, Köniz soll dies so machen. Klar, wenn man es nicht macht, dann wird es eine Person geben, welche sagt, ich bin nicht zufrieden und dann schaut die Gemeinde den Gerichtsentscheid an und dann ist dies klar. Man kann immer das nicht machen, aber das wäre nicht sinnvoll, denn es wurde angeschaut und es wurde durch das höchste Gericht entschieden. Dies als Rückmeldung.

Und noch wegen dem Mut: Es hat nichts mit Mut zu tun. Es ist so – Katja hat dies zum Teil so gesagt: Das System bis jetzt hat ja nicht einfach nicht funktioniert. Es hat funktioniert und es wurde auch niemand diskriminiert und man hat Lösungen gefunden, pragmatische Lösungen. Es war natürlich aber auch in einer Autonomie, welche die Schulleitungen hatten. Aber ich muss sagen, bei 4'500 Schülerinnen und Schülern in so vielen Schulhäusern, da ist es natürlich auch schwierig, die Übersicht zu haben und zu wissen, bei welchem Lager man wie abrechnet. Doch man hatte gute Lösungen und das hat funktioniert. Von daher ist das Votum von Katja zum Teil schon richtig. Aber, und das darf man nicht wegdiskutieren, es gibt diesen Bundesgerichtsentscheid. Deswegen ist für den Gemeinderat auch klar - denn es ist etwas Gutes, diese Lager, darüber müssen wir nicht diskutieren - dass Punkt 1 und 2 gemäss Bundesgerichtsentscheid und auch mit den Kommentaren des Preisüberwachers - dieser hat auch eine gewisse Macht, ist aber nicht dieselbe wie bei einem Bundesgerichtsentscheid – dies müssen wir machen. Aber dafür müssen wir dann wirklich die genaue Übersicht haben und wir müssen dies mit der Schulleitung anschauen. Nun irgendeinen Betrag einzusetzen, das hätte ich nicht gewollt, da dies nicht seriös gewesen wäre - und das hat nichts mit Mut zu tun. Jemand bezahlt es. Aber das könnte ich euch unmöglich sagen, das wäre ein Fantasiebetrag, das hätte keinen Sinn gemacht. Wir müssen dies jetzt sowieso so umsetzen.

Und ansonsten wurde viel gesagt und die Antwort des Gemeinderates war sehr ausführlich. Es geht nicht mehr um den Punkt 1 und 2, da ist der Gemeinderat klar der Meinung, überweisen als Motion. Bei Punkt 3 bitte ich diejenigen, welche sagten, dieser Punkt müsse auch eine Motion sein, zu überlegen, wir hatten erste Gespräche mit den Schulleitungen. Wir dürfen nicht vergessen, all diese Angebote sind zum Teil sehr unterschiedlich und es soll doch nachher auch das Recht sein, dass man schaut, wie ist dies qualitativ. Es geht nicht darum, dass jetzt jemand bewusst etwas qualitativ Schlechtes anbietet, aber man darf, wenn man das Portemonnaie gross aufmacht, dann auch mal schauen, wie diese Unterschiede sind. Gibt es qualitative Fragen oder gibt es Verbesserungen bei Angeboten? Und deswegen wäre es für den Gemeinderat auch nicht gut, einfach zu sagen, alles, was bis jetzt angeboten wurde, ist sowieso gut und das muss man sowieso behalten. Wenn man dies jetzt anschaut, wenn man diese Finanzierung anschaut, dann gibt es vielleicht auch für ein Angebot die Entscheidung, nein, das bieten wir so nicht mehr an. Doch man macht ein anderes Angebot, welches etwas anders aussieht und welches für die Kinder auch gut ist. Da bitte ich euch, dies als Postulat zu überweisen. Wir schauen es dann an und wir streichen nicht einfach sinnlos Sachen. Vielleicht streichen wir gar nichts, vielleicht kommt noch etwas dazu - ich weiss es nicht. Aber das als Motion durchzuwinken, wäre nicht ganz seriös, weil wir nicht genau wissen, was wir damit machen.

Die Schulkommission, die Schulleitungen und die Verwaltung sollen auch das Recht und die Pflicht haben, diese Angebote gemeinsam anzuschauen, wenn man eine einheitlichere Lösung haben will. Und das wäre es dann ja auch, wenn etwas in der ganzen Gemeinde Köniz gleich behandelt wird.

Da bitte ich euch, Punkt 3 als Postulat zu überweisen, habt Vertrauen, wir schauen dies an, aber als Motion ist es wirklich nicht sinnvoll. Also Punkt 1 und 2 als Motion und bitte Punkt 3 als Postulat, damit wir alle Angebote, welche es heute gibt, auch betreffend der Qualität seriös prüfen können.

Erstunterzeichnerin, Isabelle Steiner, SP Frauen: Vielen Dank für diese zahlreichen Voten. Es wurden sehr viele wertvolle Aussagen gemacht und auch danke für die kritische Diskussion, diese Debatte wird natürlich geschätzt und ich schätze es auch, dass man sich mit diesem Thema auch wirklich auseinandersetzt.

Es wurde bereits darauf hingewiesen: Bei Art. 19 der Bundesverfassung handelt es sich um einen "rechtlich durchsetzbaren verfassungsmässigen Individualanspruch auf eine positive staatliche Leistung im Bildungsbereich". Das heisst, jedes einzelne Individuum hat damit auch den Anspruch auf Unentgeltlichkeit, es hat den Anspruch dies einfordern und rechtlich durchsetzen zu können. Kosten können also nicht nur durch diesen Parlamentsbeschluss entstehen, sondern entstehen durch diese bundesverfassungsmässige garantierte Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts.

2019 wurden auch Erhebungen gemacht um die Interpellation zu beantworten, dort wurden all diese Unterschiede, welche es zwischen den verschiedenen Standorten und den verschiedenen Praxen gibt, auch gut sichtbar. Ob dies das Aus für Lager bedeutet, liegt jetzt in unseren Händen, wir können dies entscheiden. Und: Lager, Exkursionen und Schulreisen sind mit diesem Entscheid nicht kostenlos. Elternbeiträge sind weiterhin möglich, aber rechtskonform. Ich möchte an dieser Stelle bekannt geben, dass wir den Punkt 3 als Motion zur Abstimmung bringen möchten. Uns ist aber wichtig, dass es insgesamt nicht zu qualitativen Verschlechterungen führt, man darf das einzelne Angebot prüfen, aber das bezieht sich wirklich auf die Grundgesamtheit und es ist sinnvoll, dass man die Qualität der einzelnen Angebote anschaut.

Antrag auf Sitzungsunterbruch

Abstimmungsergebnis: Offensichtliches Mehr

Beschluss

Punkt 1 der Motion wird abgelehnt

(Abstimmungsergebnis: 16 Stimmen für erheblich erklären / 21 Stimmen für ablehnen)

Punkt 2 der Motion wird abgelehnt

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen für erheblich erklären / 21 Stimmen für ablehnen)

Punkt 3 der Motion wird abgelehnt

(Abstimmungsergebnis: 17 Stimmen für erheblich erklären / 21 Stimmen für ablehnen)

Gemeindepräsidentin Tanja Bauer entschuldigt sich für die restliche Sitzung und verlässt den Sitzungsraum.

PAR 2025/34

V2414 Motion (Grüne/Junge Grüne, EVP-GLP-Mitte, SP/Juso) "Köniz heizt erneuerbar"

Beantwortung; Direktion Umwelt und Betriebe

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt,

1. einen Vorschlag für die Änderung der baurechtlichen Vorschriften zu erarbeiten, um sicher zu stellen, dass in Köniz bei Ersatz oder Neubau von Heizungen nur noch mit erneuerbaren Energien betriebene Systeme zum Einsatz kommen, sodass Köniz das Netto-Null-Ziel 2045 erreichen kann.
2. in den Bauvorschriften Regelungen vorzusehen für den Fall, dass eine erneuerbare Heizung technisch nicht umsetzbar, wirtschaftlich nicht tragbar oder nicht sozialverträglich realisierbar ist.

Begründung

Mit dem Klimaschutzreglement vom 19. Juni 2023 hat sich Köniz verpflichtet, seine Treibhaus-gasemissionen bis 2045 auf Netto-Null zu senken¹. Für 47% dieser Emissionen sind in Köniz die Heizungen verantwortlich². Die Gemeinde hat deshalb ein grosses Interesse daran, dass Hausbesitzende, wenn sie ihre Heizung ersetzen müssen oder neu eine Heizung einbauen, Anlagen wählen, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Bei einer durchschnittlichen Lebensdauer einer Heizung von 20 Jahren sollten deshalb bereits ab 2025 keine Heizungen mehr eingebaut werden, die auf fossile Brennstoffe angewiesen sind. Tatsächlich werden in Köniz weiterhin neue fossile Heizungen installiert: Von den gesamthaft rund 130 Heizungen, die 2024 bisher ersetzt wurden, haben sich die Hausbesitzenden in 17 Fällen wiederum für eine fossile Heizung entschieden.

Der Könizer Gemeinderat führt die Anpassung der Energievorschriften in seinem Klimamass-nahmenpaket als erste Massnahme auf. Seit dem Inkrafttreten des neuen Berner Energie-gesetzes KEnG am 1.1.2023 ermöglicht Art. 13 Bst. a den Gemeinden, in der baurechtlichen Grund-ordnung die Verpflichtung einzuführen, bei Gebäuden, die neu erstellt werden oder deren Heizungen zu wesentlichen Teilen ersetzt wird, auf erneuerbare Energien zu setzen. Der Kanton hat zudem Mustervorschriften³ erarbeitet, an denen sich die Gemeinden bei der kon-kreten Ausarbeitung ihrer Regelung orientieren können. Die Gemeinde Köniz verfügt bereits über eine Wärmeversorgungskarte⁴, die den Eigentümern von Liegen-schaften aufzeigt, welche erneuerbaren Energiequellen für ihre Liegenschaft am geeignetsten sind.

Die Mustervorschriften des Kantons sehen eine Ausnahmeregelung vor, wenn die Jahreskosten für eine erneuerbare Heizung mindestens 20% höher sind als für eine fossile. Die Gemeinde Köniz könnte diese Regelung ebenfalls übernehmen. Zusätzlich soll der Gemeinderat Ausnah-men vorsehen, falls der kli-maverträgliche Heizungsersatz bei den Eigentümer:innen zu finan-ziellen Härten führen würde, damit beispielsweise Erbgemeinschaften nicht wegen dem teureren Heizungsersatz gezwungen wären, die Liegenschaft zu veräussern.

Eingereicht

11.11.2024

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Monika Röthlisberger, Andreas Hauser, Laura Hoffman, Christina Aebischer, Lukas Erni, Mayra Faccio, Sara Gasser, Dominik Fischli, David Müller, Urs Mumenthaler, Janka Hamm, Bülent Celik, Brigitte Rohrbach, Géraldine Boesch, Sandra Röthlisberger, Roger Tanner, Katja Streiff, Fabienne Marti Locher, Roland Akeret, Matthias Müller, Christine Müller

¹ Klimaschutzreglement, Art. 1 und 2

² [Folien Infoanlass Erneuerbar heizen 15.11.23](#)

³ <https://www.weu.be.ch/de/start/themen/energie/energievorschriften-gemeinden.html>

⁴ <https://map.koeniz.ch/publimap/>

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion erteilt das Parlament dem Gemeinderat einen verpflichtenden Auftrag (siehe Beilage 1).

2. Ausgangslage

Mit dem Klimaschutzreglement ist die Gemeinde verpflichtet, das Ziel "Netto-Null" für das Gemeindegebiet bis 2045 zu erreichen. Die CO₂-Emissionen aus dem Wärmebereich durch die Verbrennung von Öl und Gas müssen bis spätestens 2045 nahezu vollständig eliminiert werden, damit das Ziel erreicht werden kann. Unvermeidbare Restemissionen müssen mit Negativemissionstechnologien (NET) wieder ausgeglichen werden ("Netto-Null"). Das allgemeinverbindliche Klimaschutzreglement gilt sowohl für die Behörden als auch für die Bevölkerung und die Unternehmen von Köniz.

3. Rechtliche Grundlagen

Das Kantonale Energiegesetz (KE nG) sieht vor, dass fossile Heizungen nur noch 1:1 ersetzt werden dürfen, wenn das Gebäude jünger ist als 20 Jahre, wenn es die Effizienzklasse GEAK D aufweist oder wenn zusätzliche Massnahmen zur Verbrauchsreduktion oder zur Erhöhung des erneuerbaren Anteils ergriffen werden (sog. "Standardlösungen", vgl. Kantonale Energieverordnung KE nV, Anhang 4 zu Art. 20a Abs. 3 Bst. a)⁵. Es ist deshalb möglich, dass bestehende fossile Heizungen wieder mit fossilen Heizungen ersetzt werden. Bei Neubauten sind fossile Heizungen praktisch unmöglich. In Köniz gab es in den letzten zwei Jahren keinen Neubau mit einer fossilen Wärmeerzeugung.

Gemeinden können gemäss Art. 13 Abs. 1 Bst. a KE nG die Kantonalen Vorgaben verschärfen, indem sie für das Gemeindegebiet oder Teile davon einen *bestimmten* erneuerbaren Energieträger für Neubauten oder beim Heizungsersatz vorschreiben. Welcher Energieträger eingesetzt werden muss, ist durch die Gemeinde in einem Zonenplan festzulegen und vom Kanton Bern im ordentlichen Verfahren zu genehmigen. Die Mustervorschriften des Kantons sehen vor, dass ein anderer erneuerbarer Energieträger möglich ist, falls der prioritäre Energieträger aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht umsetzbar ist.

Neben der Festlegung eines bestimmten erneuerbaren Energieträgers kann die Gemeinde in einem grundeigentümergebundenen Plan ebenfalls für definierte Gebiete eine Anschlusspflicht für Fernwärmenetze erlassen. Damit geht gleichzeitig auch eine Versorgungspflicht des Lieferanten im Perimeter einher.

Beide Vorschriften müssten im Baureglement der Gemeinde und in einem Zonenplan "Wärme" verankert werden. Für die Änderung des Baureglements ist eine Volksabstimmung notwendig.

Das Klimaschutzreglement als Rechtsgrundlage der Gemeinde ist nicht ausreichend, um ein Verbot von fossilen Heizungen durchsetzen zu können. Massgebend sind das Kantonale Energiegesetz und die Kantonale Energieverordnung.

4. Wirkung des aktuell gültigen Energiegesetzes

Am 1.1.2025 waren in der Gemeinde 2'868 fossile Wärmeerzeuger (Raumheizung und Prozesswärme) in Betrieb. Sie werden nach und nach mit erneuerbaren Systemen ersetzt. Beim Ersatz von 125 Wärmeerzeugern im Jahr 2023 und 104 Wärmeerzeugern im 2024 wurden insgesamt 203 Wärmeerzeuger durch erneuerbare Energieträger ersetzt. Das entspricht einer Quote "fossil zu erneuerbar" von 88.7 %. In 26 Fällen allerdings wurden fossile Wärmeerzeuger wieder mit einem fossilen Wärmeerzeuger ersetzt (11.3 %). Aus den Wärmeerzeugerersatzmeldungen wurde ersichtlich, dass die Heizungen im Durchschnitt 28 Jahre alt waren.

⁵ Diese Regelung gilt für Gebäude, die zum Wohnen, als Verwaltung, als Schule, zum Verkauf oder als Restaurant genutzt werden. Versammlungslokale, Spitäler, Industriegebäude, Lager, Sportbauten und Hallenbäder sind davon nicht betroffen.

5. Antrag auf Umwandlung in ein Postulat

Der Gemeinderat ist mit dem Anliegen der Motionäre im Grundsatz einverstanden. Wie in anderen Kantonen bereits üblich, sollten auch in Köniz nur noch erneuerbare Energieträger eingesetzt werden können. Das Kantonale Energiegesetz als übergeordnete gesetzliche Grundlage ist für die Umsetzung dieses Grundsatzes aber unzureichend. Der Kanton Bern seinerseits sieht keinen Interpretationsspielraum des besagten Artikels. Der Gemeinderat lehnt aus verschiedenen Gründen sowohl eine Vorschrift für einen "bestimmten" erneuerbaren Energieträger ausserhalb der Fernwärmeperimeter als auch eine Anschlusspflicht in den Fernwärmeperimetern zum heutigen Zeitpunkt ab. Zu den Hauptgründen zählen:

- Die Vorgabe eines bestimmten erneuerbaren Energieträgers widerspricht der Technologieoffenheit. Jedes Gebäude bringt andere Voraussetzungen mit. Massgebend ist die CO₂-Reduktion.
- Die Pflicht, einen bestimmten erneuerbaren Energieträger einzusetzen oder an die Fernwärme anzuschliessen, gälte auch für eine bereits bestehende erneuerbare Wärmeherzeugung.
- Eine Anschlusspflicht bedeutet gleichzeitig eine Versorgungspflicht. Diese wird von den Betreibern von Wärmeverbünden abgelehnt und birgt nicht abschätzbare Risiken für die Gemeinde.
- Auch bei einer Verschärfung würde es weiterhin Ausnahmen geben (Härtefälle).

Der Gemeinderat ist jedoch bereit, im Rahmen der Raumstrategie und der Überarbeitung des behördenverbindlichen Richtplans Energie (ab 2025) sinnvolle und zielführende Vorgaben zu prüfen. Basierend auf dem Richtplan Energie können die Vorgaben dann in den grundeigentümerverbindlichen Instrumenten (Baureglement, Zonenplan) festgelegt werden. Er beantragt deshalb die Umwandlung in ein Postulat.

6. Auswirkungen auf die Zielerreichung Netto-Null

Die übergeordneten gesetzlichen Rahmenbedingungen reichen aktuell nicht aus, um den Verfassungartikel des Kantons Bern (Netto-Null bis 2050) zu erreichen und schon gar nicht das Ziel Netto-Null bis 2045 gemäss Klimaschutzreglement der Gemeinde. Neben der Revision des Richtplans Energie will der Gemeinderat deshalb die Ressourcen in die Weiterführung der bestehenden freiwilligen Massnahmen investieren, beispielsweise in den Ausbau der Fernwärme oder die Beratung von Liegenschaftseigentümern (vgl. Klima-Massnahmenpaket Bereich Gebäude).

7. Finanzen

Eine Verschärfung im Baureglement gegenüber dem Kantonalen Energiegesetz würde einen Mehraufwand für die Gemeindeverwaltung (Planung, Umsetzung im Baureglement und in einem Zonenplan, Vollzug) bedeuten.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Köniz, 6. März 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

1) Formelle Prüfung der Motion vom 21. November 2024

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Monika Röthlisberger, Grüne: Ich bin noch etwas über dieses letzte Abstimmungsergebnis schockiert. Aber jetzt geht es weiter.

Herzlichen Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung, welche sich beim Kanton engagiert haben, damit das Anliegen dieser Motion "Köniz heizt erneuerbar" doch noch irgendwie umgesetzt werden könnte. Danke auch an Andreas Hauser, welcher sich als Zweitunterzeichner für dieses Anliegen ebenfalls sehr ins Zeug gelegt hat.

Am 10. Februar 2019 haben 50.6% der Bernerinnen und Berner das Kantonale Energiegesetz bachab geschickt. Darum stehen wir jetzt auf Gemeindeebene bei einer griffigen Regelung für einen nachhaltigen Heizungsersatz an und können in unseren gesetzlichen Grundlagen nicht verlangen, dass man in Köniz, wenn man die Heizung ersetzen muss, eine Heizung einbauen muss, welche erneuerbare Energieträger nutzt. Wir sind mit diesem Anliegen nicht alleine. Auch Ostermündingen und Grosshöchstetten möchten den nachhaltigen Heizungsersatz in ihren Baureglementen verankern, doch das Energiegesetz setzt uns nach Auskunft der zuständigen Spezialisten beim Kanton hier leider sehr klare Grenzen. Die Grünen/Jungen Grünen unterstützen darum den Antrag des Gemeinderates zwar ungern aber einstimmig, diese Motion als Postulat erheblich zu erklären. Der Gemeinderat soll bei der Erarbeitung ausloten, welche Mittel und Werkzeuge innerhalb des rechtlichen Rahmens geeignet sind, damit Köniz das Ziel Netto-Null 2045 erreicht. Nach Auskunft der Fachleute bei Gemeinde und Kanton, sieht es nicht gut aus, dass uns dies noch gelingen wird, wenn heute immer noch über 11% der Eigentümer ihre fossil betriebenen Heizungen erneut durch eine fossile Heizung ersetzen und dies bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 26 Jahren. Laut Parlamentsunterlagen hätten ja eigentlich seit 2019 alle Eigentümer, welche ihre Heizungen ersetzen, nachhaltige Modelle wählen müssen, damit wir 2045 Netto-Null haben. Im Bereich der Regulierung können wir also nur dem Gemeinderat vertrauen, dass er das Anliegen der Raumstrategie im behördenverbindlichen Richtplan Energie und schliesslich im grundeigentümerverbindlichen Baureglement und Zonenplan bestmöglich umsetzen wird. Ihr merkt es bereits an diesem langen und komplizierten Satz, dass dies nicht von heute auf Morgen gehen wird - die Fachleute der Gemeinde schätzen 10 bis 15 Jahre, dann wären wir im Jahr 2040.

Es gibt aber natürlich auch noch andere Massnahmen, welche weniger von diesen schwerfälligen Gesetzgebungsprozessen abhängig sind. Die drei Wichtigsten:

1. Der Ausbau der Fernwärme weiter vorantreiben,
2. die Eigentümer:innen beraten, beraten und nochmals beraten,
3. der Ausstieg aus dem Gas frühzeitig planen und angehen. Die Eigentümer:innen müssen wissen, dass mittelfristig keine Gasleitungen mehr betrieben werden und dass die Preise jetzt bereits zu steigen beginnen.

Der Gemeinderat soll also den ganzen Spielraum, welcher er findet, nutzen. Die Motion, welche wir heute Abend noch einreichen, geht ebenfalls in diese Richtung. Und bei einer nächsten Abstimmung über das kantonale Energiegesetz müssen wir uns schon vor Augen halten: Der obligatorische nachhaltige Heizungsersatz kann man zwar wegregulieren, die Klimaerhitzung mit ihren Auswirkungen, welche uns alle mehr und mehr betreffen, aber eben nicht.

Fraktionssprecherin SP/JUSO, Janka Hamm, SP Frauen: "Fossile und Elektrospeicherheizungen müssen durch erneuerbare Alternativen ersetzt werden...". Das ist ein Zitat aus der Webseite unserer Gemeinde, zum Handlungsschwerpunkt in Bezug auf Wärme und Strom zur Umsetzung des Klimaschutzreglements. Warum ist dieser Handlungsschwerpunkt so zentral für die Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2045? Weil der weitaus grösste Verursacher des CO₂-Ausstosses die Heizungen sind. Bei diesem Hebel müssen wir deshalb ansetzen und genau das will die vorliegende Motion resp. nun eben das Postulat erreichen.

Mit Befriedigung haben wir von der SP/JUSO-Fraktion zur Kenntnis genommen, dass in den letzten zwei Jahren bei keinen Neubauten fossile Heizungen verwendet worden sind. Beim Heizungsersatz können wir allerdings noch einen Zacken zulegen: Eine Quote von 88.7% "fossil zu erneuerbar" ist zwar nicht schlecht, genügt aber nicht, um das Netto-Null-Ziel im Jahr 2045 zu erreichen. Wenn eine fossile Heizung eine durchschnittliche Lebensdauer von 20 bis 30 Jahren aufweist, bindet uns ein heute installierter fossiler Heizkessel bis Mitte Jahrhundert an fossile Emissionen. Das ist mit dem Netto-Null-Ziel unvereinbar. Darum müssen wir bereits heute unser Möglichstes unternehmen, um in diese Richtung hinzuwirken. Wir von der SP/JUSO-Fraktion unterstützen darum den Inhalt dieser Motion auch als Postulat vorbehaltlos überzeugt und mit Nachdruck.

Die SP/JUSO-Fraktion betont aber auch, dass der Klimaschutz nicht auf dem Buckel der Mieterinnen und Mieter ausgetragen werden darf. Der Ersatz einer fossilen Heizung durch ein erneuerbares Heizsystem darf also nicht zu Erhöhungen der Mieten führen. Auch in diese Richtung müssen wir jetzt hinwirken. Wir bitten den Gemeinderat dies bei seinen Überlegungen zu berücksichtigen.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Die FDP.Die Liberalen lehnen diese Motion ab. Der Umwandlung in ein Postulat können wir zustimmen und die Überlegungen des Gemeinderats können wir nachvollziehen.

Wir halten fest, auch für die FDP.Die Liberalen ist der Umweltschutz ein wichtiges Anliegen. Aber wir unterstehen hier übergeordnetem Recht und wir brauchen in Köniz schlicht und einfach nicht jedes Detail in einem eigenen verschärften Könizer Extrazug zu regeln. Irgendwie kommt mir dies so vor, dass der Abstimmungsentscheid des Kantons, welcher, wenn auch knapp, abgelehnt wurde, nicht akzeptiert werden will. Der Bund und auch der Kanton sind hier zuständig, es ist nicht unsere Flughöhe. Nur als Beispiel: Der Kanton Bern hat letzte Woche ein Schreiben verfasst und an alle Wohnungen und Häuser verschickt, welche noch mit Elektroheizungen heizen. Diesem Schreiben kann entnommen werden, dass man diese ganze Geschichte bis spätestens 2031 umrüsten muss. Man sieht also, es läuft etwas und der Kanton nimmt sich dem auch an und macht dort etwas. Es ist etwas im Tun und wir brauchen hier keine Öko-Turbos in der Gemeinde, welche wieder eine Extrawurst fahren müssen.

Bei einer Umsetzung im Baureglements, würde dieses verschärft und hätte grossen zusätzlichen Verwaltungsaufwand zur Folge. Ablehnen dürften diese Verschärfung vermutlich auch die Wärmeverbünde, welche einseitige Vorgaben ablehnen.

Die FDP.Die Liberalen finden einmal mehr, dass diese Beschäftigungstherapie für die Gemeinde mit solchen Vorstössen Zeitverschwendung sind und Kosten verursachen, welche nicht nötig sind. Und da appellieren wir an die Parteien, welche dies einreichen, mit solchen Sachen etwas zurückhaltender zu sein. Wie gesagt, die Flughöhe schauen wir als nicht die unsere an.

Fraktionssprecher SVP, Florian Moser: Selbstverständlich soll Köniz erneuerbar heizen, das ist der Lauf der Zeit. Doch bitte nicht mit gemeindeeigenen baurechtlichen Vorschriften. So begeben wir uns direkt in eine Sackgasse. Es ist nicht ziel- und lösungsorientiert und unverhältnismässig. Wir haben auf Stufe Kanton bereits das kantonale Energiegesetz, welches solche Rahmenbedingungen setzt, welche diese ganzen Angelegenheiten regeln. Auf Stufe Gemeinde ist eine zusätzliche Regelung übertrieben und für die Verwaltung führt es zu untragbarem Mehraufwand, ganz zu schweigen vom finanziellen dazu.

Das Baureglement müsste geändert werden, was eine Volksabstimmung mit sich ziehen würde. Also lieber nicht. Wer heute eine fossile Heizung ersetzt, bei dem kommen in den allermeisten Fällen bereits erneuerbare Energieträger zum Einsatz. In den Unterlagen sprechen wir von 26 Fällen, bei welchen von fossil zu fossil ersetzt wurde. Das ist doch eigentlich eine gute Quote, wenn man alle Heizungen anschaut. Man hat eine Quote von 88.7%, ich würde also sagen, wir sind auf Kurs. Und für diese 26 entsprechende Fälle muss nicht noch ein Baureglement erstellt werden, das wäre absolut unverhältnismässig. Und diese Zahl sinkt ja von Jahr zu Jahr. Ich nehme nicht an, dass es jedes Jahr 26 sind. Und es gibt auch Fälle, wo es wirtschaftlich, technisch oder nicht sozialverträglich ist. Wenn ein Gebäude gut isoliert wird und den Energievorschriften entspricht, dann ist dies doch auch schon relativ viel und man hat bereits viel gemacht und das wird immer effizienter. Auch zum Beispiel ein Brennerwechsel von einem alten zu einem neuen Modell, bringt bereits sehr viele Vorteile und Energieeffizienz mit sich. Und die Elektrospeicherheizungen werden ja per 31.12.2023 sowieso verboten und werden verschwinden.

Es geht hier im Vorstoss um übergeordnetes Recht und das können wir nicht unterstützen. Die SVP-Fraktion wird diesen Vorstoss aus den erwähnten Gründen ablehnen. Bestehende Reglemente und Gesetze, welche national, wie auch kantonale aufgelegt sind, reichen hier völlig aus. Es wird viel getan, es geht viel und es wird in Zukunft ebenfalls noch viel gehen und es wird sogar schneller gehen. Überlässt doch bitte der Bauherrschaft gewisse Eigenverantwortung und einen gesunden Menschenverstand, dann werden wir hier vorwärts kommen.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP: Meine Interessenbindung kennen inzwischen die meisten: Ich arbeite im Bundesamt für Umwelt. Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung des Vorstosses, das war zweifellos nicht einfach.

Wir haben heute schon über kommende Generationen geredet. Damit diese eine Zukunft haben, will die Schweiz netto Null Treibhausgase bis 2050 erreichen, Köniz bereits 2045. Wenn eine Heizung 20 bis 28 Jahre hält, so darf bei einem Ersatz heute also eigentlich keine fossile Variante mehr zum Einsatz kommen.

Wir sind nämlich im Jahr 2025 und die Alternativen stehen bereit. Fast neun von zehn Hausbesitzende wählen darum heute bei einem Heizungsersatz eine erneuerbare Lösung. Wir brauchen aber alle – mit Ausnahmen für Spezialfälle, wie dies Florian genannt hat.

Der Neubau und Ersatz von Öl- und Gasheizungen in Wohnbauten ist im Kanton Glarus bereits seit 2023 verboten. Das Gleiche gilt in der Stadt Fribourg. Auch Basel und Zürich haben strenge Vorgaben. Und wir so?

Gemäss Kantonalem Energiegesetz können Gemeinden die schwachen kantonalen Vorgaben verstärken. Allerdings dürfen sie gemäss Art. 13 nur einen bestimmten Energieträger vorschreiben. Es kann aber kaum die Aufgabe einer Gemeindeverwaltung sein, parzellenscharf zu bestimmen, welcher Energieträger im Einzelfall am besten geeignet ist. Zwei Wörter in diesem kantonalen Gesetz stellen sich als fatalen Konstruktionsfehler heraus. An dieser Stelle ein Aufruf an die Mitglieder des Grossrats: Bitte behebt diesen Konstruktionsfehler.

Dieses Argument bezüglich der Technologieoffenheit überzeugt die EVP-GLP-Mitte-Fraktion, den Vorstoss nur als Postulat zu überweisen. Darum spielt es auch keine Rolle, dass der Gemeinderat noch drei weitere Argumente anführt, die ziemlich, sagen wir mal, "gewagt" sind. Eines davon erweckt zum Beispiel den Anschein, man müsste bei Überweisung als Motion bereits bestehende erneuerbare Heizungen rausreissen. Das wäre natürlich nicht so.

Wir stimmen dem Postulat einstimmig zu. Den Weg, den der Gemeinderat in diesem Fall skizziert, dauert allerdings zu lange. Monika hat uns das vorgerechnet. Wir können es uns nicht leisten, auf Zeit zu spielen. Wir erwarten, dass der Gemeinderat so rasch wie möglich wirksame Instrumente prüft, wie zum Beispiel flächendeckende Vorgaben an die gewichtete Gesamtenergie-Effizienz. So wie das zum Beispiel Büren oder Muri schon machen. Köniz kennt das Instrument bereits für Teilgebiete.

Der Heizungsersatz ist ein zentraler Baustein der Klima-Massnahmen. Wir bleiben in dieser Sache am Ball und erwarten das Gleiche vom Gemeinderat.

Gemeinderat, Hansueli Pestalozzi, Grüne: Es wurde richtig gesagt, die Heizungen in Köniz verursachen einen grossen Teil unseres CO₂-Ausstosses. Es ist etwa genau die Hälfte, also etwa 50% - es ist also ein wesentlicher Anteil. Diese 50% CO₂-Ausstoss kommen eben aus diesen knapp 2'900 fossilen Heizungen, welche wir noch haben. Es ist erfreulich, es werden etwa 200 Heizungen pro Jahr ersetzt, von daher könnte es ausreichen, wenn dieses Tempo bis 2045 so beibehalten wird. Aber – und jetzt kommt das grosse Aber: Die schwierigsten Heizungen kommen zum Schluss. Jene, welche ihre Öl- oder Gasheizungen einfach mit meistens Wärmepumpen ersetzen, ev. mit Holz, diese machen dies bereits jetzt. Aber dort, wo es wirklich schwierig ist, das wird noch eine Knacknuss werden. Und damit auch diese ihre Heizungen ersetzen können - das sind meistens die grossen Mietshäuser, welche keinen Platz für Erdsonden oder für Luftwärmepumpen haben - genau an diesen Orten bauen wir ja die Wärmeverbünde. Dort möchten wir mittelfristig, wenn diese Wärmeverbünde gebaut sind, eine Lösung anbieten.

Sorgen, und das habt ihr auch gesagt, Sorgen machen mir diese gut 10% Heizungen, welche von fossil durch fossil ersetzt werden. Eine Heizung wird in der Realität meistens während 25 bis 28 Jahren betrieben und nicht nur 15 Jahre und dann sind wir bereits über 2045 hinaus. Dort haben wir ein Problem. Das mit den Gasheizungen, das hat Monika erwähnt, das ist ein Thema, welches wir im Moment mit ewb intensiv diskutieren. Ewb betreibt bei uns das Gasnetz. In der Stadt Bern haben sie die Gasstrategie beschlossen, wo sie einen grossen Teil des Gasnetzes stilllegen. Das wird bei einem grossen Teil in Köniz ebenfalls der Fall sein, da sind wir gerade in Diskussion mit ihnen. Was mir dort sehr wichtig ist und auf das bestehe ich in diesen Diskussionen: Ewb muss mindestens 15 Jahre im Voraus den Eigentümern von Gasheizungen mitteilen, wo sie das Gasnetz stilllegt, damit diese nicht noch Fehlinvestitionen machen - denn wie gesagt, bei einer Heizung rechnet man mit einer Lebensdauer von 15 Jahren. Dadurch, dass wir jetzt vom Kanton etwas zurückgebunden werden – wir können nicht wie ein Kanton handeln. Es wurde gesagt, der Kanton Glarus, der ist etwa gleich gross wie Köniz, doch der Kanton Glarus hat fossile Heizungen einfach mal verboten. Und ich denke, es wurde gesagt, dies gebe viel administrativen Aufwand: Ich habe das Gefühl, den kleinsten administrativen Aufwand hat man, wenn man solch ein klares Verbot ausspricht. Aber das können wir nicht, wir sind durch die Gesetzgebung des Kantons Bern hier zurückgebunden. Wir haben Grossräte und Grossrätinnen hier, welche vielleicht in diese Richtung etwas unternehmen könnten damit wir unsere Klimaziele erreichen.

Was wir machen und das machen wir sehr intensiv, sind Infoveranstaltungen zum Thema Heizungersatz. Der eine oder andere von euch war bereits an einer solchen Informationsveranstaltung, diese waren sehr gut besucht und es kommen immer deutlich mehr Leute, als wir erwarten. Das Interesse ist also gross und der jetzt aktuelle Heizungersatz zeigt, dass es bis 2045 reichen könnte. Aber wie gesagt, dann müssen wir dieses Tempo beibehalten und da setzen wir alles daran, weiterhin mit Infoveranstaltungen, mit diesen Möglichkeiten, welche wir haben, dass wir dies erreichen werden. Und das haben wir auch geschrieben: Mit der Raumstrategie und vor allem auch mit dem Richtplan Energie werden wir schauen, was wir in diese Richtung unternehmen können.

Beschluss

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 27 Stimmen für erheblich erklären / 12 Stimmen für ablehnen)

PAR 2025/35

V2501 Richtlinienmotion (SP/Juso) "Kostenloser ÖV für Könizer Kinder und Jugendliche"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, um den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Er soll auch die damit verbundenen finanziellen Aufwände ausweisen.

Begründung

Für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen ist es wichtig, dass sie sich selbständig bewegen und ihre Umgebung eigenständig erkunden können. Dafür nimmt der öffentliche Verkehr in unserer weitläufigen Gemeinde eine zentrale Rolle ein. Köniz verfügt über ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz. Dies ermöglicht den Kindern und Jugendlichen andere Ortsteile innerhalb von Köniz kennenzulernen, wie auch Freizeitaktivitäten selbstständig zu besuchen. Dies ist gerade auch für Kinder und Jugendliche aus dem ländlichen Teil der Gemeinde sehr wichtig, da sich die Freizeitangebote grösstenteils im urbanen Raum befinden. Ebenfalls ermöglicht der öffentliche Verkehr den Jugendlichen der Oberstufe, den Schulweg in einen anderen Ortsteil zu bewältigen.

Damit dies möglich ist, sind die Kinder und Jugendlichen darauf angewiesen, dass die hohen Kosten für den öffentlichen Verkehr von den Erziehungsberechtigten finanziert werden. Zwar sind Kinder bis zum sechsten Lebensjahr gratis unterwegs, nachher wird es aber teuer. Gerade für Familien sind die hohen Ticketpreise eine Herausforderung. Kinder und Jugendliche, deren Eltern die Kosten für den öffentlichen Verkehr nicht tragen können, erleben Einschränkungen in ihrer sozialen Entwicklung. Die Bewegungsfreiheit solcher Kinder und Jugendlichen wird eingeschränkt und zu einem Nachteil gegenüber Gleichaltrigen.

Weiter leistet der öffentliche Verkehr einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der CO2-Belastung. Die Gemeinde Köniz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein. Dazu ist ein Umstieg auf den öffentlichen Verkehr essenziell. Kinder und Jugendliche können dank Kostenmassnahmen an den öffentlichen Verkehr herangeführt werden. Wer von klein auf meistens mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs ist, wird auch im Erwachsenenalter eher den öffentlichen Verkehr als Hauptverkehrsmittel nutzen.

Auch in der Gemeinde Köniz stellen die sogenannten «Elterntaxis» ein Problem dar. Sie gefährden die Sicherheit der Kinder und Jugendlichen, die zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind und führen zu zusätzlichem Verkehr.

Diese Probleme zeigen sich nicht nur in der Unterstufe, sondern auch in der Oberstufe. Wie bereits oben erwähnt, können Kostenmassnahmen dazu beitragen, dass Kindern und Jugendlichen der Umstieg auf den öffentlichen Verkehr erleichtert wird.

Zwar entschied das Bundesgericht 2023, dass Fahrgäste die Kosten des öffentlichen Verkehrs zu einem angemessenen Teil selbst tragen müssen. Allerdings schliesst dies nicht aus, dass gewisse Anspruchsgruppen den öffentlichen Verkehr kostenlos nutzen dürfen. Andere Gemeinden und auch Kantone haben bereits entsprechende Angebote umgesetzt, wie etwa Genf mit Gratis-ÖV für Kinder und Jugendliche unter 25 Jahren, die Gemeinde Saanen mit ÖV-Beiträgen an die gesamte Bevölkerung oder die Stadt Luzern mit ÖV-Gutscheinen für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 16 Jahren. Auch die Gemeinde Köniz könnte den Kindern und Jugendlichen entsprechende ÖV-Gutscheine oder gar ein Libero-Abo schenken und so in der Region Bern eine Vorreiterinnenrolle übernehmen.

Eingereicht

10.02.2025

Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern

Brigitte Rohrbach, Arlette Mürger, Janka Hamm, Franziska Adam, Rahel Gall, Urs Mumenthaler, Géraldine Boesch, Isabelle Steiner, Sara Gasser, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Klaus von Muralt, Mayra Faccio, David Müller, Lukas Erni, Laura Hoffman, Katja Streiff, Toni Eder, Matthias Müller, Roger Tanner

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung (nur bei Motion)

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, um den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Er soll auch die damit verbundenen finanziellen Aufwände ausweisen.

Grundsätzlich kann die Erstattung eines Berichtes zu einer bestimmten Angelegenheit mit einem Postulat verlangt werden; dies gemäss Art. 53 Abs. 2 Geschäftsreglement des Parlamentes. Die Erstellung eines Berichts gehört zu den allgemeinen Zuständigkeiten des Gemeinderats.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (Beilage 1).

2. Ausgangslage

Der Gemeinderat soll Möglichkeiten aufzeigen, um den öffentlichen Verkehr (ÖV) für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Die Motion V2501 argumentiert, dass der ÖV für die soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtig ist, da er es ihnen ermöglicht, sich selbstständig zu bewegen und ihre Umgebung zu erkunden. Die hohen Kosten für den öffentlichen Verkehr seien jedoch eine Herausforderung für viele Familien. Kinder und Jugendliche, deren Eltern diese Kosten nicht tragen könnten, erlebten Einschränkungen in ihrer sozialen Entwicklung. Die Gemeinde Köniz hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein, und ein kostenloser öffentlicher Verkehr für Kinder und Jugendliche könnte zu diesem Ziel beitragen. Andere Gemeinden und Kantone haben bereits ähnliche Angebote umgesetzt.

3. Zu untersuchende Themen für die Beantwortung der Richtlinienmotion

Um die Richtlinienmotion zu beantworten, müssen verschiedene Themen sorgfältig abgeklärt werden. Dazu gehören der Einfluss von Kostenveränderungen auf die Verkehrsmittelwahl, mögliche Nebenwirkungen eines kostenlosen oder kostengünstigen öffentlichen Verkehrs, rechtliche Abklärungen sowie direkte und indirekte Kosten für die Gemeinde.

Einfluss von Kostenveränderungen auf die Verkehrsmittelwahl

Die Verkehrsforschung und verschiedene Studien zeigen, dass es eine Beziehung zwischen den Mobilitätskosten und der Wahl des Verkehrsmittels gibt. Es wird angenommen, dass Jugendliche in bestimmten Situationen empfindlich auf Preisveränderungen reagieren können. Der mögliche Einfluss eines kostenlosen oder kostengünstigen ÖV auf Kinder und Jugendliche variiert je nach Ort und Kontext. Es ist auch wichtig, zwischen kurz- und langfristigen Effekten zu unterscheiden.

Mögliche Nebenwirkungen eines kostenlosen ÖV

Wenn die Kosten für die ÖV-Nutzung eines Kundensegments (Kinder und Jugendliche) entfallen oder reduziert werden, könnten sich die Nutzungsmuster der verschiedenen Verkehrsmittel verändern. Mögliche Auswirkungen könnten quantitative, zeitliche oder örtliche Verschiebungen in der Nutzung der Verkehrsmittel sein. Beispielsweise könnten die Busse und Trams während der Stosszeiten häufiger genutzt werden, während andere Verkehrsmittel wie Fusswege zur Schule seltener genutzt werden. Die Verkehrsmittelwahl könnte sich auch je nach ÖV-Erschliessung der Quell- und Zielorte unterschiedlich entwickeln.

Rechtliche Abklärungen

Das ÖV-System in der Schweiz ist im Regional- und Ortsverkehr auf kantonalen Ebene organisiert, wobei im Kanton Bern bestimmte Aufgaben an die Regionalkonferenzen delegiert sind. Darüber hinaus gibt es nationale Regelungen, die bei der Umsetzung der Motion zu berücksichtigen sind. Vor einer möglichen Umsetzung müssen daher rechtliche Abklärungen durchgeführt werden.

Kosten für eine Gemeinde

Im Rahmen der Erfüllung der Richtlinienmotion müssen die möglichen Kosten für die Gemeinde Köniz abgeklärt werden. Dazu gehören sowohl direkte als auch indirekte Kosten. Die direkten Kosten umfassen die Fahr- und Abonnementspreise für die ÖV-Nutzung durch Kinder und Jugendliche. Um diese Kosten zu berechnen, müssen Annahmen über den Gültigkeitsbereich und die Zielgruppe getroffen werden. Eine qualifizierte Kostenberechnung kann auf Basis von Erfahrungen in der Schweiz und in Nachbarländern durchgeführt werden. Indirekte Kosten können unter anderem Folgekosten für die Gemeinde beim kantonalen ÖV-Kostenteiler und für die Bereitstellung der kommunalen Elemente der ÖV-Infrastruktur umfassen. Beispiele hierfür sind Anpassungen an der Infrastruktur, wie der Einsatz von Gelenkbussen anstelle von Midibussen, oder die Notwendigkeit von Kontrollprozessen für die Ausgabe von Beiträgen oder Gutscheinen an berechnete Personen.

4. Vorgehen

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentswurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Bei dem vorliegenden Vorstoss V2501 wird er aufgefordert, *"dem Parlament in einem Bericht aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt, um den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche in der Gemeinde Köniz kostenlos oder kostengünstiger zu gestalten. Er soll auch die damit verbundenen finanziellen Aufwände ausweisen."*

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, den Vorstoss als Richtlinienmotion erheblich zu erklären. Für die sorgfältige Erarbeitung der im Vorstosstext geforderten Abklärungen soll anschliessend die Erfüllungsfrist von längstens zwei Jahren seit der Erheblichkeitserklärung genutzt werden.

5. Finanzen

Die Abklärungen und die anschliessende Berichtserstellung werden zu grösseren Teilen im Rahmen der vorhandenen Ressourcen geleistet. Es ist noch zu prüfen, ob allenfalls Spezialwissen oder gewisse zusätzlichen externen Ressourcen erforderlich wären, um einige Teilbereiche der Fragestellung adäquat beantworten zu können.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

Köniz, 12. März 2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 17. Februar 2025

Diskussion

Erstunterzeichnerin, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Ich bedanke mich bei der Verwaltung und der zuständigen Direktion für die rasche und sorgfältige Beantwortung dieses Vorstosses. Es freut mich sehr, dass das Anliegen mehrheitlich positiv aufgenommen wurde und der Gemeinderat dem Parlament die Erheblicherklärung vorschlägt.

Wie bereits in der Begründung der Motion ausgeführt, ist die selbstständige Mobilität ein zentraler Bestandteil der sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie ermöglicht ihnen, ihre Umgebung eigenständig zu erkunden, an Freizeitaktivitäten teilzunehmen und soziale Beziehungen aufzubauen. In einer grossflächigen Gemeinde wie Köniz ist der öffentliche Verkehr dafür von zentraler Bedeutung. Dank des bestehenden öffentlichen Verkehrsnetzes können Kinder und Jugendliche verschiedene Ortsteile besuchen und insbesondere auch Freizeitangebote im urbanen Raum wahrnehmen – eine wichtige Möglichkeit für jene aus ländlichen Gebieten unserer Gemeinde.

Auch der Schulweg spielt eine Rolle: Viele Jugendliche der Oberstufe besuchen Schulen in anderen Ortsteilen und sind dafür auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. Die Nutzung desselben ist jedoch mit hohen Kosten verbunden, welche die Eltern zu tragen haben – eine erhebliche finanzielle Belastung für viele Familien. Für Eltern mit begrenzten finanziellen Mitteln bedeutet dies, dass sie ihren Kindern wichtige Entwicklungsmöglichkeiten nicht in gleichem Mass bieten können. Die eingeschränkte Bewegungsfreiheit dieser Kinder und Jugendlichen führt zu sozialen Nachteilen gegenüber Gleichaltrigen.

Neben dem sozialen Aspekt ist der öffentliche Verkehr auch ökologisch von Bedeutung. Die Gemeinde Köniz verfolgt das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu werden. Ein konsequenter Umstieg auf den öffentlichen Verkehr ist hierfür zentral. Kinder und Jugendliche, die früh an den ÖV herangeführt werden, entwickeln ein Mobilitätsverhalten, das auch im Erwachsenenalter nachhaltiger ist. Fördermassnahmen wie vergünstigte Abos oder Gutscheine können hier einen entscheidenden Anreiz bieten.

Nicht zuletzt wirken sich solche Massnahmen auch positiv auf die Verkehrssicherheit aus. Die zunehmende Zahl an sogenannten "Elterntaxis" führt zu mehr Verkehrsaufkommen und gefährdet insbesondere Kinder und ältere Personen, die zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind – ein Problem, das sich über alle Schulstufen hinweg zeigt.

Auch Köniz sollte hier Verantwortung übernehmen und in die Zukunft unserer jungen Generation investieren. Ein Modell mit ÖV-Gutscheinen oder gar einem geschenkten Libero-Abo für Kinder und Jugendliche wäre ein starkes Zeichen – für soziale Gerechtigkeit, für Klimaschutz und für mehr Sicherheit im Verkehr. Die Gemeinde könnte damit eine Vorreiterrolle in der Region Bern übernehmen.

Damit wir über die verschiedenen Möglichkeiten der ÖV-Unterstützung für Kinder und Jugendliche diskutieren können, werden Grundlagen sowohl im rechtlichen als auch im finanziellen Bereich benötigt. Genau aus diesem Grund wird mittels dieses Vorstosses ein entsprechender Bericht mit den Grundlagen gefordert. Solange wir nicht wissen, was die finanziellen Auswirkungen für das Gemeindebudget genau bedeuten und wie der rechtliche Rahmen dafür aussieht, kann das Thema nicht fundiert diskutiert werden. Gemäss Parlamentsantrag werden für diese Abklärungen und die anschliessende Berichterstattung zu grösseren Teilen keine zusätzlichen Ressourcen benötigt. Ich bitte euch deshalb, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Richtlinienmotion als erheblich zu erklären – als ersten Schritt auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit und nachhaltiger Mobilität in unserer Gemeinde.

Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates einstimmig folgen.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Zuerst zum Inhaltlichen: Die diversen Vorteile wurden von der Erstunterzeichnerin bereits dargelegt, ich halte mich seitens Grüne/Junge Grüne deshalb kurz.

Wir finden generell eine Förderung des ÖV und ein Zugang von allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihrer Eltern zum ÖV sinnvoll, insbesondere wenn damit das Mobilitätsverhalten in der Freizeit, also nicht nur auf dem Schulweg, beeinflusst wird. Worauf in der Umsetzung aber in unseren Augen zwingend geachtet werden müsste ist, dass nicht primär eine Verschiebung vom Fuss- und Veloverkehr auf den ÖV erfolgt. Damit würden die guten Massnahmen und ersten Erfolge von Fuss-Velo-Köniz in Frage gestellt. Deshalb ist es uns ein Anliegen, dass im Rahmen der Ausarbeitung des Postulats diesbezüglich Begleitmassnahmen geprüft werden.

Noch zum Formalen: Für uns war nicht verständlich, wieso dieser Vorstoss als Motion eingereicht wurde. Der Vorstoss verlangt vom Gemeinderat ja einen Bericht.

Es ist wie es ist und Hauptsache das Thema wird behandelt. Darum: Einer Erheblicherklärung der Richtlinienmotion stimmen wir einstimmig zu.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roger Tanner, GLP: Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion steht der vorliegenden Richtlinienmotion mit grossem Interesse gegenüber. Auch wenn die Meinungen in unserer Fraktion sehr knapp ausgefallen sind, überwiegt schlussendlich die Zustimmung. Wir sehen in der Idee, den öffentlichen Verkehr für Kinder und Jugendliche günstiger oder gar kostenlos zu machen, ein klares Potenzial:

- Erstens kann dies ein wirksamer Beitrag sein gegen das weitverbreitete Phänomen der Elterntaxis – ein Problem, das nicht nur den Verkehr rund um Schulen belastet, sondern auch die Sicherheit anderer Kinder gefährdet.
- Zweitens unterstützt die Motion ein wichtiges Ziel in der Mobilitätserziehung: Kinder sollen früh lernen, den ÖV zu nutzen, sich im ÖV-Netz zu orientieren, selbstständig zu bewegen und so Selbstvertrauen aufzubauen.
- Drittens ist so kein Stempeln oder lösen von Tickets mehr nötig, was für Kinder ohne SBB-App und bei teilweise fehlenden Ticketautomaten durchaus eine Entlastung darstellen würde.

Gleichzeitig haben wir aber auch klare Fragen und Erwartungen an den Bericht, den der Gemeinderat ausarbeiten soll:

1. Wie hoch wären die effektiven Kosten für die Gemeinde, je nach Modell, zum Beispiel Gratis-Abo, Gutscheinelösungen, Teilsubventionierungen, Gratis bis zum 10. oder 20. Lebensjahr?
2. Wie viele Kinder und Jugendliche würden tatsächlich profitieren?
3. Mitnahmeeffekt: Wie viele von ihnen besitzen heute schon ein Libero-Abo und würden dann keines mehr lösen?
4. Gibt es bereits bestehende Unterstützungsmodelle, die allenfalls zu wenig bekannt oder genutzt sind?

Diese Informationen sind aus unserer Sicht zentral, um eine fundierte Debatte und spätere Entscheidungsfindung zu ermöglichen. Denn so sympathisch die Idee auch ist: Köniz kann sich dies leider nicht alles leisten. Wir stehen heute und in den kommenden Jahren vor grossen finanziellen Herausforderungen – da braucht es sorgfältige Priorisierungen.

Wir möchten auch betonen: Mobilität sollte nicht vollständig gratis sein. Ein symbolischer Beitrag – selbst wenn er klein ist – hilft, Wertschätzung und Eigenverantwortung zu fördern. Und wir dürfen nicht vergessen: Für viele Schulwege oder Freizeitwege wäre das Velo eine gesunde, kostengünstige und umweltfreundliche Alternative zum ÖV. Gerade in einem zunehmend überlasteten ÖV-Netz muss auch dieser Aspekt mitgedacht werden.

Fazit: Wir unterstützen die Motion als Richtlinienmotion, um die nötigen Abklärungen in Gang zu setzen – aber mit dem klaren Auftrag, nicht nur auf Möglichkeiten hinzuweisen, sondern auch die Grenzen der Finanzierbarkeit und die Alternativen wie die aktive Mobilität aufzuzeigen.

Fraktionssprecher FDP, Ronald Sonderegger: Was soll ich sagen: So ein Schwachsinn, echt. Hier geht es um die Bevorzugung gewisser Leute und Gruppen, bei welchen gerade die SP/JUSO dagegen sein sollte. Fremdes Geld ausgeben, ist für euch, wie immer einfach. Dass hier der Gemeinde einmal mehr finanzielle Bürden auferlegt werden sollen, ist egal, der Steuerzahler soll es berappen. Wenn ihr gratis fahren wollt, dann nehmt euren Drahtesel unter die Füsse. Nicht das E-Bike, das Velo, eines, bei welchem man noch richtig in die Pedalen treten muss. Das ist klimaneutral und so könntet ihr die Strassen benutzen, welche ihr den Autofahrern bei der Nutzung ja sowieso streitig macht. Ebenfalls klimaneutral ist übrigens das zu Fuss gehen. Wenn der ÖV genutzt wird und die Gemeinde sich hier beteiligt, dann wird sie zweimal zur Kasse gebeten, denn wir bezahlen jetzt bereits Beiträge an Bernmobil für den Gebrauch des ÖV's.

Was ist, wenn ein Kind vom Spiegel in die Stadt muss. Beteiligt sich dann die Stadt Bern an den Kosten, welche entstehen? Eher nicht, denken wir. Die Gemeinde unterstützt heute bereits sozial schwächere Mitbürger und mit Juniorenkarten, welche man lösen kann, gibt es ebenfalls Möglichkeiten. Die FDP. Die Liberalen finden diese Forderungen unnötig und diese wirken der Genesung der Gemeindefinanzen einmal mehr entgegen. Darum lehnen wir dies ab.

Fraktionssprecher SVP, Reto Zbinden: Wir haben hier einmal mehr einen Dauerbrenner-Vorstoss. Schon jener zuvor war ein solcher und dieser hier ist wirklich etwas krass: Dieser kam national, dann kantonal – ich war damals schon im Grossen Rat, das ist noch gar nicht so lange her – und jetzt haben wir ihn auf Gemeindeebene. Und ich habe gesehen, er kommt bald erneut im Kanton, in der nächsten Session werde ich dann nochmals über Gratis-ÖV reden können. Ich muss aber sagen, es ist immerhin nicht immer ganz copy paste. Ich musste mir daher trotzdem noch einige Gedanken für das Votum machen.

Die erste Forderung war im Kanton sehr radikal: Da forderte man, dass Kinder bis 18 Jahre den ÖV im ganzen Kanton kostenlos nutzen können. Nun sind wir hier wieder in der Gemeinde und es wird ein Bericht gefordert, also eigentlich ein Postulat. Warum ist es nun eine Motion? Genau diese Frage habe ich mir auch gestellt.

Vielleicht hat es einen Zusammenhang: Die neue Forderung im Kanton fordert ein Pilotprojekt für den kostenlosen ÖV für Kinder und Jugendliche und da muss ich wirklich der SP ein Kompliment machen und das meine ich ernst: Ihr seid hier unglaublich professionell unterwegs, da kommt man auf jeder Ebene immer wieder mit derselben Forderung und versucht und versucht und versucht, sich möglichst viel vom Staat bezahlen zu lassen.

Die Kosten der Umsetzung, werden nun in diesem Bericht beantwortet werden. Beim Kanton, das kann ich sagen, hat man mit jährlich CHF 30 bis 35 Mio. gerechnet. Und da der Vorstoss durchkommen wird, bin ich dann gespannt auf die Antworten hierzu.

Was mich aber wirklich stört, das ist nicht einmal der Vorstoss an sich, sondern die Formulierung "kostenloser ÖV". Das ist nun mal alles nicht einfach kostenlos. Irgendjemand muss es bezahlen. Und mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit werden dies die Steuerzahlenden der Gemeinde Köniz sein. Ich bin auf die Antwort gespannt, schauen wir, was kommt.

Ich könnte auch einen Vorstoss des Kantons kopieren, dieser forderte nämlich Ausdrücke wie "kostenlos", "unentgeltlich" und "gratis", sollen in Gesetzestexten und amtlichen Dokumenten durch "aus Steuergeldern finanziert" ersetzt werden. Das wäre dann wenigstens ehrlich und transparent. Ich hätte noch weitere Contra-Argumente, ich lasse es aber sein, es wird eh durchkommen.

Worauf ich noch hinweisen will: Es gibt bereits sehr viele gute Angebote für Kinder und Jugendliche, nimmt das dann vielleicht auch in den Bericht mit rein, welchen wir bekommen werden: Juniorkarte, Kindermitfahrkarte für 6 bis 16-jährige - CHF 30 pro Jahr - Libero-Entdeckerpass für die Sommerferien – CHF 50 – freie Fahrt im ganzen Gebiet plus sehr viele Eintritte. Dann gibt es auch noch das Night-GA, freie Fahrt ab 19.00 Uhr für bis 25jährige für CHF 99. Es gibt bereits sehr viel Gutes.

Die SVP wird den Vorstoss aus all diesen Gründen auch als Postulat ablehnen.

Roland Akeret, GLP: Wir haben es schon mehrfach gehört, jemand bezahlt es. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wird das vorliegende Geschäft schlussendlich zu Kosten für die Gemeinde führen. Seien es direkte oder indirekte Kosten. Gerade bei der heutigen Finanzlage der Gemeinde bin ich nicht gewillt, dem weiteren Ausbau von freiwilligen Leistungen ohne Not zuzustimmen und dies hier ist eben genau eine solch freiwillige Leistung.

Zudem unterscheidet dieser Vorstoss nicht zwischen bedürftig und nicht bedürftigen Familien. Es würden Steuergelder im Giesskannensystem eingesetzt. Wenn denn überhaupt eine solche Thematik geregelt werden muss, dann doch bitte über die Steuer- oder Sozialpolitik. Hinzu kommt und das wurde auch bereits gesagt, das Projekt Fuss-Velo-Köniz, wo wir grosse Anstrengungen unternehmen, Kinder und Jugendliche auf das Velo zu bringen oder dass sie zu Fuss gehen. Das vorliegende Geschäft würde dieses Projekt sogar sehr stark konkurrenzieren, wenn nicht gar torpedieren. Die flankierenden Massnahmen, welche hier angetönt wurden, sind ein Luftschloss, denn das wird nicht funktionieren. Darum macht es auch keinen Sinn, die eh schon sehr stark belastete Verwaltung mit dieser Richtlinienmotion weiter zu belasten und intern und womöglich sogar extern, das haben wir nämlich auch gelesen, Kosten zu produzieren. Aus diesem Grund, werde ich dieses Geschäft ablehnen.

Gemeinderat, Christian Burren, SVP: Ich danke für die engagierten Voten zu unserer Antwort auf diesen Vorstoss. Dieser Vorstoss will nichts anderes, als zu wissen, was dies bedeutet, wenn man das machen würde und das Preisschild dran.

Der Gemeinderat hat weder ja noch nein zu diesem Anliegen gesagt, sondern er sagte, ihr bekommt diesen Bericht und das Preisschild dazu. Dass dies für ein Programm wie Fuss-Velo-Köniz vermutlich ein Schuss ins Knie sein wird, das liegt auf der Hand, doch das ist nicht Gegenstand des Vorstosses und auch nicht Gegenstand der gemeinderätlichen Antwort. Und darum haben wir gesagt, wir übernehmen das als Richtlinienmotion und ihr bekommt den Bericht, was dies bedeutet und was dies kostet.

Erstunterzeichnerin, Brigitte Rohrbach, SP Frauen: Ich möchte hier zu einigen Sachen, welche gesagt wurden, Stellung nehmen. Zwar geht es um diese Junior- und Kindermitfahrkarte, welche zweimal erwähnt wurden. Das sind Instrumente, bei welchem die Kinder gratis mit den Eltern fahren können. Das ist aber nicht der Sinn und der Zweck, sondern es geht darum, dass sie sich entwickeln und alleine von A nach B fahren können und dann sind Juniorkarten und auch die Kindermitfahrkarten nicht mehr gültig. Ausserdem handelt es sich, wie dies Christian Burren auch gesagt hat, hier nicht um die Einführung des Gratis-ÖV, sondern in diesem Vorstoss geht es um die Schaffung der Grundlagen und dann sehen wir dann, wie teuer dies ist und dann können wir darüber diskutieren, ob sich die Gemeinde dies leisten kann oder nicht. Im Moment wissen wir schlichtweg nicht, was dies kostet.

Und noch wegen der Konkurrenz zum Fuss- und Veloverkehr: Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, meine Tochter geht von Schliern ins OZK zur Schule und sie hat ein Libero-Abo. Wenn es nicht gerade sehr kalt ist oder in Strömen regnet, dann nimmt sie immer das Velo, trotz Abo. Also von wegen Konkurrenz und so, es gibt auch vernünftige Kinder.

Beschluss

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: 22 Stimmen für erheblich erklären / 16 Stimmen für ablehnen / 1 Enthaltung)

PAR 2025/36

Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- V2509 Motion (SP/JUSO-Fraktion) "Entlastung der Könizer Vereine durch Reduktion der Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen"
- V2510 Motion (JUSO, SP, Junge Grüne, Grüne) "Massnahmen gegen Gewalt an FINTA Personen in der Gemeinde Köniz"
- V2511 Interpellation (Grüne/Junge Grüne) "Jugendarbeit Köniz"
- V2512 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "30 Minuten mehr Schlaf für Teenager"
- V2513 Motion (Grüne, Junge Grüne, SP, JUSO, GLP, EVP, Mitte) "Die Gemeinde Köniz nutzt ihr Sozialpotenzial"
- V2514 Interpellation (EVP-GLP-Mitte-Fraktion) "Informations- und Cybersicherheit in der Gemeinde Köniz"

Diskussion

Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne: Ihr habt eine Einladung von Fair Trade Town Köniz auf dem Tisch. Wir sind ja bereits seit gut vier Jahren Fair Trade Town und da gibt es sehr viele KMU's, Organisationen und Stiftungen, welche hier Mitglied sind. Ihr findet dies alles auf der Webseite. Es genügt nicht, sich einfach einmal zu zertifizieren, sondern wir machen hier regelmässig Veranstaltungen. Die nächste ist am 22. Mai 2025, um 17.30 Uhr, an welcher sich der Steinhölzli Bildungsweg vorstellt, dieser feiert den 100. Geburtstag. Es wird sicherlich sehr spannend sein, dies kennen zu lernen und sie werden auch präsentieren, wie sie ihren Beitrag zu Fair Trade Town leisten.

Es ist dummerweise gleichzeitig auch noch der Informationsanlass der DPV. Geht also an den Informationsanlass der DPV. Geht dort hin und alle, welche dies nicht wollen, haben hier eine sehr gute Alternative.

Gemeinderat Thomas Marti, GLP: Ich habe auch noch zwei Programmhinweise aus meiner Direktion: Am 10. Mai haben wir Tag der offenen Tore bei der Feuerwehr an der Sägestrasse. Da möchten wir euch vorstellen, welche Mittel die Milizfeuerwehr in Köniz hat und es hat dann sicherlich auch noch einen Platz für gemütliches Beisammensein. Ich würde mich freuen, den einen oder anderen von euch dort zu sehen.

Und gleichzeitig, wenn dies für euch nichts wäre, dann könnt ihr auch noch in die Badi, die hat nämlich ebenfalls am Samstag ab 9.00 Uhr offen.

Andreas Hauser, GLP: Wir alle haben davon gelesen, in der Könizer Zeitung und in anderen Medien: Ich spreche von der Situation der Familie Momeni. Die Familie ist aus dem Iran geflohen und lebt seit rund zwei Jahren in einer Wohnung in Mittelhäusern.

Die Tochter Shadi fing letzten Sommer eine Lehre in der Pflege von demenzkranken Menschen an. Ihr Bruder Shariar macht einen Vorbereitungskurs für sein Wirtschaftsstudium an der Uni. Vater Farshad hat regelmässig Freiwilligenarbeit im Dorfladen Mittelhäusern geleistet.

Anfang März ist ihr Asylgesuch in letzter Instanz abgewiesen worden. Allerdings ist eine Rückkehr in den Iran gar nicht möglich – die Menschenrechtslage im Iran ist bekanntlich katastrophal.

Trotzdem sind sie gezwungen worden, ihre Wohnung zu verlassen. Sie werden jetzt in einem Rückkehrzentrum bei CHF 10 pro Tag und Person ihr Dasein fristen. Den jungen Menschen wird die Möglichkeit einer Ausbildung weggenommen und damit auch die Möglichkeit, etwas zur Gesellschaft beizutragen.

Eine Solidaritätsgruppe aus dem Dorf hat sich für diese Menschen eingesetzt und eine Petition lanciert. Die Petition richtet sich an das kantonale Migrationsamt und den Gemeinderat. Sie ist bisher von fast 5'000 Personen unterschrieben worden.

Das Wochenende hat die Familie Momeni ihre Wohnung geräumt. Sie verbringen heute ihre erste Nacht im Zentrum. Es ist ein trauriger Tag für Mittelhäusern.

Ich bitte den Gemeinderat, die Petition mit offenem Herz entgegenzunehmen und fordere ihn auf, den eigenen Handlungsspielraum zu nutzen.

Arlette Münger, SP Frauen: Ich möchte die Gelegenheit noch kurz nutzen, um euch auf ein Projekt aufmerksam zu machen, welches mir persönlich sehr am Herzen liegt. Und zwar habt ihr heute an eurem Platz alle einen Flyer des Vereins ChüBu gefunden. Hinter diesem Verein stehen engagierte Menschen, welche mit grossem freiwilligem Einsatz daran arbeiten, in Köniz eine neue Boulderhalle zu realisieren. Diese Halle soll weit mehr, als nur ein Ort für den Klettersport werden. Sie soll zu einem lebendigen, integrativen Treffpunkt für unsere Gemeinde wachsen. Zur Finanzierung dieses Vorhabens läuft im Moment ein Crowdfunding auf der Plattform www.lokalhelden.ch. Dies läuft noch bis morgen Abend. Es bleibt also nur noch wenig Zeit und wir konnten bereits über CHF 52'000 sammeln. Um das Ziel von CHF 75'000 zu erreichen und diese Halle wie geplant in der zweiten Jahreshälfte eröffnen zu können, braucht es jetzt aber noch einen engagierten Endspurt. Ich lade euch darum herzlich dazu ein, dieses tolle Projekt zu unterstützen und mitzuhelfen, einen Ort zu schaffen, an welchem soziale Integration und ökologische Verantwortung gelebt wird. Vielen Dank.

Kathrin Gilgen, SVP: Ich war etwas erschrocken, dass wir nach dem Sitzungsunterbruch bei Traktandum 7 nichts mehr sagen konnten. Wir hätten dort eigentlich gerne von der Fraktion aus erklären wollen, warum wir nicht wie im Votum gesagt, Punkt 1 und 2 unterstützen. Für uns war die Situation so, dass wir Punkt 3 als Motion nicht erheblich erklären wollten und das hat uns dann auch dazu bewogen, die ganze Motion abzulehnen. Das war eigentlich der Grund. Und dieses Ablehnen hindert aus unserer Sicht die Direktion Bildung und Soziales nicht daran, die Situation gerade im Zusammenhang mit dieser Bundesgerichtsentscheid in die Hand zu nehmen. Wir gehen davon aus, dass sie dies auch macht resp. gar nicht darum herum kommt.

1. Vize-Parlamentspräsidentin Christine Müller: Vielen Dank Kathrin Gilgen, dass du dies noch kurz erklärt hast und ich bitte um Entschuldigung, dass ich die Debatte nach der Pause nicht nochmals eröffnet habe.

Dann habe ich noch einige Informationen aus dem Parlamentsbüro:

- Wie wir euch bereits per Mail mitgeteilt haben, hat das Parlamentsbüro an seiner Sitzung vom 18. März beschlossen, die Erfüllungsfrist für die Motion V2222, EVP-GLP-Mitte-Fraktion, "Für unverzerrte Proporzahlen" auf den 1. Dezember 2025 zu verlängern.
- Weiter hat das Parlamentsbüro heute Abend am Rand der Sitzung beschlossen, die Erfüllungsfrist für die Motion Postulat V2223, Junge Grüne/Grüne, SP/JUSO, "Köniz passt sich zunehmender Hitze an" gemäss dem Antrag des Gemeinderates bis zum 5. Mai 2027 zu verlängern.
- Weiter danken wir dem Gemeinderat, dass er seine Geschäftsplanung zu Händen des Parlaments verabschiedet hat und wir danken auch für die Erstellung und Zustellung dieser Geschäftsplanung. Wir haben euch bereits per Mail informiert, dass sie jetzt im Teamraum Parlament Köniz zur Verfügung steht. Wir weisen euch darauf hin, dass diese Liste nicht ganz vollständig ist, da sie nur neue Reglemente, Revisionen und Teilrevisionen und Volksabstimmungen enthält. Die weiteren Parlamentsgeschäfte wie Kreditgeschäfte oder andere Gemeinderatsgeschäfte, welche von einem genauen Zeitpunkt weniger genau terminierbar sind sowie auch Beantwortungen und Abschreibungen von Vorstössen, sind in dieser Liste nicht enthalten.

Dann komme ich bereits zum Schluss. Die nächste Parlamentssitzung findet am 16 Juni 2025 um 19.00 Uhr statt. Damit erkläre ich die Sitzung für beendet und ich wünsche euch einen schönen Abend. Ich hoffe, wir sehen uns noch bei einem informellen Drink unten an der Bar. Vielen Dank und einen schönen Abend.

Im Namen des Parlaments

Christine Müller
1 Vize-Parlamentspräsidentin

Chantal Fuchs
Leiterin Fachstelle Parlament